



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 97 – September 2008

Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen

Herausgegeben von
Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 97: Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):

Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen

September 2008

ISSN: 1616-7384

Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Beiträgen zu den Russland-Analysen und Ukraine-Analysen. Die Analysen <www.laender-analysen.de> werden von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung herausgegeben.

Lektorat: Sophie Hellgardt

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-3687

fax: +49 421 218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Uwe Halbach

Der »Südostetien-Krieg«: Die regionale Dimension	5
--	---

Otto Luchterhandt

Völkerrechtliche Aspekte des »Georgien-Krieges« (2008)	8
--	---

Hans-Henning Schröder

Russland und der Kaukasuskrieg	11
--------------------------------------	----

Eine Chronologie des russisch-georgischen Konflikts (April – Oktober 2008)	15
---	----

Der Kaukasuskrieg in den Augen der russischen Öffentlichkeit	20
--	----

Rainer Lindner

Die Krim als neuer »Frozen Conflict«?	27
---	----

André Härtel

Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt	28
--	----

Ukrainische Stellungnahmen zum russisch-georgischen Konflikt (August 2008)	31
---	----

Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine	34
---	----

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	39
---	----

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	41
--	----

Der »Südostetien-Krieg«: Die regionale Dimension

Uwe Halbach, Berlin

Zusammenfassung

Der sechste Kaukasuskrieg hat sich seit einiger Zeit angekündigt. Natürlich stellt sich die Frage, wer welchen Anteil daran hatte, dass es zu solch einer Eskalation kam. Die Antwort ist nicht einfach. Der Krieg ging aus einer sich seit März 2008 verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen hervor, in der alle beteiligten Konfliktseiten mit dem Feuer gespielt haben. In den letzten vier Jahren begab sich Georgien mit seiner prononcierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nach Westen und einer forcierten Politik der Reintegration seiner abtrünnigen Landesteile in Konflikt mit Russland. Dabei traf das georgische Bestreben nach Emanzipation von russischer Machtpolitik auf eine Realität, in der Russland nach wie vor über wichtige Hebel zur Einmischung in südkaukasische Angelegenheiten verfügte. Wie es dann zu der unseligen georgischen Offensive gegen Zschinwali vom 7.–8. August kam, bleibt gleichwohl eine offene Frage, die der georgische Präsident vor allem seinem eigenen Land zu beantworten hat.

Der »sechste« Kaukasuskrieg

Im August wurde die Weltöffentlichkeit mit einem neuen Kaukasuskrieg konfrontiert. Er wird als der »Südostetien-Krieg« in die Geschichte eingehen und war mit Abstand der kürzeste von insgesamt sechs Kriegen, die seit dem Ende der Sowjetunion im Nord- und Südkaukasus ausgetragen wurden. In Südostetien selbst war es der dritte größere Waffengang nach der kriegesischen Konfliktphase von 1991–92 und einer georgischen Offensive zur Bekämpfung von Schmuggel in der Konfliktzone im August 2004. Wie kein regionales Ereignis zuvor jagte dieser »Fünftage-Krieg« Schockwellen durch die internationale Politik, geriet hier doch erstmals Russland mit einem souveränen Nachbarland in militärischen Konflikt.

Konfrontation im Vorfeld

Seit dem Frühjahr 2008 haben sich die Spannungen im Umfeld der beiden ungelösten Sezessionskonflikte Georgiens zunehmend verstärkt. Wiederholt beschuldigten sich die Konfliktparteien in Südostetien und Abchasien gegenseitig, größere Kriegshandlungen vorzubereiten. Zudem war seit drei, vier Jahren zu beobachten, wie sich die russisch-georgischen Beziehungen zum prekärsten zwischenstaatlichen Verhältnis im GUS-Raum entwickelten.

Mit seiner prononcierten außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung nach Westen und einer forcierten Politik der Reintegration begab sich Georgien in Konflikt mit Russland. Dabei traf das georgische Bestreben nach Emanzipation von russischer Machtpolitik auf eine Realität, in der Russland nach wie vor über wichtige Hebel zur Einmischung in südkaukasische Angelegenheiten verfügte. Nach weitgehender Räumung seiner Militärbasen in Georgien gehörten dazu weiterhin russische Friedenstruppen in Abchasien und Südostetien, die georgische Abhängigkeit von russischen Energielieferungen (2006 95 % des georgischen Gas- und 53 % des Stromverbrauchs) und ein migrationspolitischer Hebel, der durch wachsende georgische Arbeitsmigration nach Russland entstand. Dass Moskau diese Hebel einzusetzen weiß, zeigten Sanktionen gegen Georgien, die im Herbst 2006 verhängt wurden – in Reaktion auf die Verhaftung angeblicher russischer Spione in Tiflis und die provokant-theatralische Behandlung dieser »Spionagekrise« durch die georgische Regierung. Zu den Strafmaßnahmen gehörten ein Importverbot für Wein und Mineralwasser aus Georgien, die Verdoppelung des Ölpreises und die vorübergehende Unterbrechung von Luft-, See-, Post- und Bankverbindungen.

In erster Linie sah Georgien seine Souveränität durch die russische Unterstützung der Regierungen in Abchasien und Südostetien bedroht. Diese wurde nochmals verstärkt, als Präsident Putin in Reaktion auf die Kosovopolitik des Westens am 16. April 2008 die enge Zusammenarbeit russischer Behörden mit den Regierungen in Abchasien und Südostetien verfügte. Russland trat nun aus einem GUS-Abkommen von 1996 aus, das Wirtschafts- und Handelsblockaden über Abchasien verhängt hatte. Russische »Friedenspolitik« im Südkaukasus war aus georgischer Sicht nun vollends »piece keeping, not peacekeeping«.

Zwei überregionale Ereignisse standen bei dieser Entwicklung Pate: die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und deren Anerkennung durch mittlerweile 46 Staaten und der NATO-Gipfel von Bukarest, bei dem es um die Beitrittsperspektive Georgiens und der Ukraine ging.

Europäische Schlichtungsversuche

Europa stand vor der Herausforderung, dieser Konfrontation in seiner Nachbarschaft entgegen zu treten, auf beide Seiten beschwichtigend einzuwirken, deutlich zu machen, wie viele gemeinsame Sicherheitsinteressen zwischen der »Großmacht« Russland mit ihrer eigenen höchst instabilen kaukasischen Peripherie und ihrem derzeit ungeliebten kleinen Nachbarn im Kaukasus eigentlich bestehen. Was die Aufmerksamkeit für ungelöste, bis vor kurzem noch als »frozen« bezeichnete Regionalkonflikte im postsowjetischen Raum betraf, hat der Krieg die internationale Politik gewiss nicht aus einem Tiefschlaf gerissen. Seit dem Frühjahr 2008 liefen diplomatische Aktionen der EU, der OSZE und der USA auf diesem Feld. Deutschland als Koordinator in der Freundesgruppe des Generalsekretärs der VN für Georgien (zu der auch Russland, USA, Frankreich und Großbritannien gehören) stellte einen dreistufigen Friedensplan für Abchasien vor und lud zu Verhandlungen zwischen den Konfliktseiten im Rahmen der Freundesgruppe nach Berlin ein. Der Südossetien-Krieg vereitelte diesen Plan. Die Aufmerksamkeit und die Bemühungen für Konfliktprävention bezogen sich besonders auf Abchasien, die größere, strategisch bedeutendere Sezessionsrepublik. Anfang August meldete die internationale Berichterstattung nach mehreren bewaffneten Zwischenfällen akute Kriegsgefahr für Südossetien.

Wie kam es zum Krieg?

In der unübersichtlichen Situation der Kriegstage hielten sich deutsche und europäische Politiker mit Schuldzuweisungen zurück. Erst mit gewissem Abstand wurde Ursachenforschung angemahnt: Wer hat welchen Anteil an der Eskalation? Die Antwort ist nicht einfach. Der Krieg ging aus einer sich seit März 2008 verdichtenden Ereigniskette gegenseitiger Provokationen zwischen georgischen, ossetischen, abchasischen und russischen Akteuren hervor. Wie es dann zu der unseligen georgischen Offensive gegen Zchinwali vom 7.–8. August kam, bleibt gleichwohl eine offene Frage, die der georgische Präsident vor allem seinem eigenen Land zu beantworten hat.

Saakaschwili wehrte sich allerdings gegen den Vorwurf, er habe leichtfertig einen Krieg vom Zaun gebrochen. Seit Wochen habe er vor militärischer Eskalation gewarnt und am Vorabend des Kriegs vergeblich versucht, von Russland Aufklärung über Truppenbewegungen zwischen Nord- und Südossetien zu erlangen. Am Abend des 7. August habe er eine Waffenstillstandserklärung an Südossetien gerichtet, was auf der Gegenseite mit verstärkten Angriffen gegen georgische Dörfer in der Konfliktzone erwidert wurde. Selbst wenn die Offensive durch vorherige, bislang nicht bestätigte, russische Truppenbewegungen provoziert wurde, erheben sich Zweifel an ihrer Durchführung. Warum wurde nicht als erstes der Roki-Tunnel zerstört, jenes Nadelöhr zwischen Nord- und Südossetien, die einzige leistungsfähige Transportlinie für Waffen und Truppen aus Russland in die Konfliktzone? »Stattdessen hat er nachts, am Vorabend der Olympischen Spiele, eine schlafende Stadt beschossen«, kritisierte schon in den ersten Kriegstagen der ehemalige georgische Minister für Konfliktlösung die Offensive mit 27 Raketenwerfern gegen Zchinwali.

Georgische Politiker hatten schon wiederholt mit der Option militärischer Konfliktlösung gespielt. Im Sommer 2004 hatte der damals noch neue Präsident Saakaschwili einen Vorstoß mit Sicherheitskräften nach Südossetien befohlen, um Schmuggel zu bekämpfen. Damit wurden auch die Beziehungen zu Russland nachhaltig belastet. In Abchasien nahmen im Sommer 2006 Truppen des georgischen Innenministeriums das obere Kodori-Tal ein, das damals unter der Herrschaft eines lokalen *Warlords* gestanden hatte. Saakaschwili erklärte dies zum Ausgangspunkt, um Abchasien zurückzuholen. Seither waren die Verhandlungsstränge zu den Konfliktgegnern in Zchinwali und Suchumi unterbrochen.

Georgische Konfliktbehandlung und westliche Signale

Insgesamt praktizierte Tiflis nach der »Rosenrevolution« eine Konfliktpolitik aus widersprüchlichen Elementen: Da wurden neue Friedensinitiativen und Autonomieangebote an die Konfliktgegner gerichtet – so im März 2008 an die abchasische Seite. Der Vorschlag sah »uneingeschränkte Autonomie im Bestand eines einheitlichen georgischen Staates, Föderalismus, Sicherheitsgarantien und friedliche Entwicklung« vor. Abchasische Vertreter sollten in den nationalen Machtorganen bis zum Posten eines Vize-Präsidenten repräsentiert sein und ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen haben. Abchasische Sprache und Kultur sollte durch Gesetze geschützt werden. Doch die Gegenseite lehnte das Angebot umgehend ab – mit Hinweis auf ihre längst konstituierte Eigenstaatlichkeit und die geringe Vertrauenswürdigkeit des Gegners. Tatsächlich untergrub die georgische Führung selbst ihre Vertrauenswürdigkeit – durch Säbelrasseln und massive Aufrüstung, durch eine ungeduldige, mit verengten Zeitperspektiven arbeitende Konfliktpolitik. Zeitdruck hatte sich Saakaschwili selbst auferlegt, als er bei seinem Amtsantritt 2004 am Grabe des bedeutendsten georgischen Königs schwor, die Einheit Georgiens wiederherzustellen.

Westliche Partner Georgiens warnten vor militärischer Eskalation. Im Rückblick entsteht die Frage, ob die Unterlassungssignale deutlich genug gesetzt waren. So wird nun auch in den USA diskutiert, ob die bisher erbrachte Unterstützung missverständliche Zeichen gesetzt habe. Nach Angaben des State Department erhielt Georgien seit 2002 830 Millionen US-Dollar an Hilfe. 2006 war es der drittgrößte Empfänger von US-Hilfe per capita (\$93), nach Irak (\$150) und Armenien (\$107), noch vor Afghanistan (\$62). Bis 2006 hatte es 178 Millionen US-Dollar an US-Militärhilfe erlangt. Für den »Anker der regionalen Stabilität und Prosperität«, als der Georgien in Washington plakatiert wurde, wurden 2008 weitere Geldmittel für Reform und Demokratisierung freigegeben, obwohl *Freedom House* die Bewertung der demokratischen Entwicklung auf den Stand des Jahres 2000 zurückstufte.

Doch militärische Rückendeckung für einen Angriff wurde Tiflis nicht signalisiert. Entgegen dem von der russischen Propaganda verbreiteten Klischee, wonach die georgische Führung stets nur auf amerikanische Einflüsterung hin handelt, haben westliche Akteure einschließlich Washingtons Georgien vor militärischer Konfliktlösung gewarnt. Für die gleichwohl erfolgte Offensive wurden Erklärungen gegeben, die auf georgische und kaukasische Mentalität rekurrieren. Die Regierung habe womöglich Tauschbeziehungen von Loyalität und Schutz unter Ungleichen, wie sie in der georgischen Gesellschaft bis in die Gegenwart hinein funktionieren, auf ihr Verhältnis zu befreundeten Staaten übertragen. Gegenüber den USA verhalte sich Georgien mit seiner Loyalitätsbekundung wie gegenüber einem traditionellen Schutzpatron, wenn es z. B. bis vor kurzem mit 2000 Soldaten das drittgrößte militärische Kontingent im Irak stellte, das größte pro Kopf der Bevölkerung des Stellerlandes gerechnet. Hat der loyale Klient vom Patron Rückendeckung für sein Unternehmen in Südossetien erwartet? (Devi Dumbadze: Das Phantom der Souveränität, *Neue Zürcher Zeitung*, 4.8.2008) Konnte Saakaschwili ernsthaft damit rechnen, bei einer Offensive gegen Südossetien nur mit ossetischen und nicht mit russischen Militärkräften konfrontiert zu sein? Oder nahm er die Konfrontation mit Russland in Kauf? Auch dafür werden soziologisch-kulturelle Erklärungen bemüht: »Der verlorene Kampf und die Demütigung wird paradoxerweise das Bewährungskriterium des Helden, der im Opferstatus eine umso größere Protektionsanstrengung der zu Solidarität verpflichteten Brüder erzwingt.« (Tilman Allert: Gamardschobad – Eine Soziologie Georgiens, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.9.2008)

Russlands doppeldeutige Politik

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die russische Seite auf den Krieg vorbereitet war. Russische Eisenbahntrouppen hatten einige Wochen zuvor in einer »humanitären Aktion« beschädigte Bahnlinien in Abchasien instand gesetzt, die dann zum Transport russischer Truppen benutzt wurden. Außerdem wurden wiederholt georgische Aufklärungsdrohnen über Abchasien abgeschossen. Seit Monaten sickerten Kräfte aus dem russländischen Nordkaukasus in die georgischen Konfliktzonen: darunter Kosakenverbände und freiwillige Kämpfer aus nordkaukasischen Volksgruppen, die ihre Solidarität mit Abchasen und Osseten gegen Georgien bekundeten. Da vernetzte sich der Nordkaukasus mit dem Südkaukasus, ebenso kooperierten, unterstützt durch Moskau, postsowjetische Sezessionsregierungen von Transnistrien bis Südossetien untereinander. Seit langem haben die beiden abtrünnigen georgischen Landesteile ihr Beziehungsnetzwerk mit Russland ausgebaut. Die Stichworte hierzu: Passportsazija, d. h. die Erteilung russischer Staatsbürgerschaft an die Mehrheit der lokalen Bevölkerung in den zurückliegenden Jahren, die Besetzung der südossetischen Regierung mit Personal aus den Militär- und Geheimdienstapparaten Russlands, Durchdringung Abchasiens mit russischem Kapital und russischen Touristen.

Dabei präsentiert Russland seit vielen Jahren eine doppelbödiges Politik gegenüber Separatismus und muss sich die Frage gefallen lassen: Wie hältst du es mit der Souveränität deiner Nachbarn? Die Frage ist an ein Russland zu stellen, das seine eigene Souveränität über alle Maßen heiligt, davon Begriffe wie »souveräne Demokratie« zur Beschreibung seines politischen Systems ableitet, das auf weltpolitischer Bühne gemeinsam mit China Separatismus zu den »drei Kräften« zählt, die eine neue Sicherheitspolitik herausfordern; an ein Russland, das die Kosovopolitik des Westens mit dem Hinweis kritisiert, Legalisierung von Sezession beschädige das Völkerrecht, und das seinen eigenen Sezessionskonflikt mit Tschetschenien mit äußerster militärischer Gewalt niedergeworfen und sich Kritik an diesem Vorgehen als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verboten hat; an ein Russland, das aber andererseits gegenüber dem »nahen Ausland« mit Sezessionsregierungen eng kooperiert, diese nun auch diplomatisch anerkannt hat, das im Kaukasus ein Monopol auf Peacekeeping beanspruchte und doch weit davon entfernt war, Neutralität und Äquidistanz zu den internen Konfliktparteien zu wahren.

Über den Autor

Dr. Uwe Halbach ist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig.

Völkerrechtliche Aspekte des »Georgien-Krieges« (2008)

Otto Luchterhandt, Hamburg

Einleitung

Wer hat den »Georgien-Krieg« angefangen? War es Georgien? War es Russland oder vielleicht Südossetien? Aus völkerrechtlicher Sicht ist die Antwort auf diese Frage höchst wichtig, denn es gilt im »Modernen Völkerrecht«, d. h. seit etwa 1945, das Verbot des Angriffskrieges. Seine Entfesselung stellt sogar ein völkerrechtliches »Verbrechen« dar, das heute vom Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen verfolgt werden kann, auch wenn natürlich jeder weiß, dass ein Krieg nicht plötzlich ausbricht, sondern viele Verursacher und eine meist lange Vorgeschichte hat, in der alle Konfliktparteien ihre Rolle gespielt haben.

Im Falle Südossetiens ist das keineswegs anders, denn das ehemals »Autonome Gebiet« ist ein frühes, fragwürdiges Produkt Stalinscher Kaukasuspolitik, eine unheilvolle Hinterlassenschaft aus dem Zerfallsprozess der UdSSR und schon einmal – 1990 bis 1992 – als Objekt und Ort nationalistischer Leidenschaften Schauplatz eines Krieges zwischen Georgiern und Osseten gewesen. Der Krieg wurde am 24. Juni 1992 in Sotschi durch ein von Boris Jelzin und Eduard Schewardnadse unterzeichnetes »Abkommen über die Prinzipien der Regelung des georgisch-ossetischen Konflikts« beendet. Es wurde ein Waffenstillstand vereinbart, eine demilitarisierte Sicherheitszone ca. 15 km beiderseits der Südgrenze des Gebiets eingerichtet, eine vierseitige »Gemischte Kontrollkommission« zur Überwachung des Waffenstillstandes unter Russlands Vorsitz und mit Beteiligung von Georgien, von Süd- und von Nordossetien berufen und ferner eine aus drei Kontingenten – Russland, Georgien und Südossetien – mit je 500 Mann (Soll-Stärke) bestehende Peacekeeping-Truppe mit Sitz in der Hauptstadt Zchinwali gebildet. Das Abkommen wurde 1994 und besonders nachdrücklich 1996 in Moskau durch ein »Memorandum« über einen allseitigen Gewaltverzicht bekräftigt. Auch die OSZE-Mission in Georgien war daran beteiligt.

Bis zum Ende der Ära Schewardnadse (2004) hielten die Vereinbarungen. Nachdem Saakaschwili Präsident Georgiens geworden war und er »ohne einen Schuss« die Autonome Republik Adscharien (Batumi) wieder unter die Gewalt der Zentralregierung gebracht und ihre Macht im unkontrollierten Swanetien (Hochkaukasusgebiet) gegenüber den lokalen Warlords demonstriert hatte, versuchte er, auch die beiden an Russland grenzenden nicht anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien zurückzuholen. Seitdem häuften sich die Konflikte mit und in beiden Gebieten, besonders in Südossetien. Regelmäßig kam es in den Sommermonaten zu nächtlichen Scharmützeln zwischen den dort bereichsweise in Streulage siedelnden Osseten und Georgiern. Auch 2008 wiederholte sich dies, allerdings noch häufiger und heftiger. Beide Seiten schienen, so sahen es die russische und die georgische Presse, auf eine »Entscheidung« zuzusteuern. Die von ihr wegen Ineffektivität und Parteinahme für Südossetien heftig kritisierte »Gemischte Kontrollkommission« wollte die georgische Regierung, anders als früher, nicht mehr einschalten. Am 7. August zog sie ihre Vertreter aus dem Hauptquartier in Zchinwali ab.

Die Kriegshandlungen Georgiens

In der Nacht vom 7. auf den 8. August gab Staatspräsident Saakaschwili den Befehl zum Angriff auf Zchinwali, nachdem georgische Streitkräfte mit zwei Brigaden (6.600 Mann) an der Gebietsgrenze aufmarschiert waren und bereits in der vorhergehenden Nacht einen Ring um die Stadt gezogen hatten. Mit Luftunterstützung wurden Bodentruppen und Artillerie eingesetzt, dabei auch »Streubomben«. Georgien verstieß damit gegen das zwingend verbindliche Gewaltverbot der UN-Charta (Art. 2 Nr. 4 Satzung der Vereinten Nationen/SVN). Auf die Ausnahme, sich gegen einen »bewaffneten Angriff« (armed attack) verteidigen zu dürfen (Art. 51 SVN), konnte das Land sich nicht berufen, denn die von Saakaschwili vorgebrachte Begründung, georgische Dörfer seien von ossetischer Seite beschossen worden, war angesichts der relativen Häufigkeit solcher Vorgänge dafür ein zu geringfügiger lokaler Anlass. Zwecks »Verteidigung« einen Krieg zu entfesseln, war unangemessen und wegen der klaren Unverhältnismäßigkeit dieser Gegenmaßnahme völkerrechtswidrig. Saakaschwilis zusätzliche Behauptung, Georgien habe auf die Invasion russischer Panzer durch den Roki-Tunnel nur reagiert, entspricht nicht den Tatsachen: Die Panzer kamen erst am 8. August mittags.

Zwar war Südossetien zu diesem Zeitpunkt formell ein Teil des georgischen Staates, aber Georgien war auch ihm gegenüber an das allgemeine Gewaltverbot gebunden, denn dieses schützt nach herrschender Meinung auch »stabilisierte *de facto*-Regime«, d. h. staatsähnliche Gebilde mit partieller Völkerrechtsfähigkeit wie einst

die DDR (vor ihrer internationalen Anerkennung) und heute z. B. die »Türkische Republik Nordzypern«. Diesen rechtlichen Status besitzt auch Südossetien, da es eine Regierung auf einem von Georgien nicht beherrschten Gebiet hat. Souverän muss sie nicht sein, und ebenso wenig muss das Territorium mit den Verwaltungsgrenzen der einstigen Autonomie zusammenfallen.

Georgien hat durch den Angriff auf Südossetien außerdem seinen 1992/1996 vertraglich übernommenen Verzicht auf Gewaltanwendung gebrochen. Die Abkommen waren, obwohl vielfach verletzt und durchlöchert und trotz der Unzufriedenheit Georgiens, nicht gekündigt worden, galten also noch.

Durch den Angriff hat Georgien wesentliche Gebote und Verbote des humanitären Völker- bzw. Kriegrechts (IV. Genfer Konvention/1949 und 1. Zusatzprotokoll/1977: Art. 48, 51, 52, 59) verletzt, vor allem das Verbot, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte sowie »unverteidigte Orte« anzugreifen. In einer demilitarisierten Zone gelegen, waren Zchinwali und die umliegenden Dörfer bis auf die Peacekeeping-Einheiten frei von militärischen Einrichtungen. Betroffen waren von dem Angriff daher fast ausschließlich Zivilisten und zivile Objekte: Wohnhäuser, Schulen, Verwaltungsgebäude, Krankenhäuser usw.

Der Einsatz von Streubomben verstieß gegen das Verbot, Waffen zu verwenden, die ihrer Eigenart nach geeignet wären, »unterschiedslos« blind militärische und zivile Objekte zu treffen.

Die Interventions- und Kriegshandlungen Russlands

Russland hat zwar, wie die Staatengemeinschaft insgesamt, die Zugehörigkeit Südossetiens zur Republik Georgien nicht bestritten, aber die georgische Souveränität über das Gebiet immer wieder und teilweise durch erhebliche Verstöße gegen das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, also gegen das in Art. 2 Nr. 1 der UN-Charta niedergelegte sog. Interventionsverbot verstoßen. Dazu zählen u. a. demonstratives Eindringen in den Luftraum, unzureichende oder fehlende Kontrolle der Staats- und Zollgrenze, insbesondere des Roki-Tunnels, und dadurch die Begünstigung illegaler Aktivitäten (Spirituosenschmuggel usw.) auf georgischem Gebiet, Zulassung der Einreise von Freischärlern aus dem Nordkaukasus nach Südossetien und manipulative Angriffe von Hackern auf Internetseiten georgischer Regierungsstellen.

Auch die nicht vereinzelte sondern »flächendeckende« Verleihung der russischen Staatsangehörigkeit an die Bewohner Südossetiens verstieß gegen das Interventionsverbot. Zwar lässt das Völkerrecht Einbürgerungen von Ausländern zu, aber nur, wenn diese, im vorliegenden Falle also die Südosseten, eine spezifische persönliche und enge Beziehung zu Russland vorweisen können; eine allgemein politische Nähe reicht nicht. Masseneinbürgerungen auf fremdem Staatsgebiet lebender Personen sind völkerrechtswidrig.

Auch mit der Behauptung, das Vorgehen Georgiens in Südossetien sei Völkermord, kann Russland seine Militäration nicht rechtfertigen. Zwar sind durch den georgischen Angriff viele Menschen getötet und vertrieben worden, aber die von dem Völkermord-Tatbestand (Art. II der UN-Konvention vom 9.12.1948) auch nach russischem Strafrecht (Art. 357 StGB) geforderte Absicht, die Osseten als nationale bzw. ethnische Gruppe ganz oder teilweise »als solche« (as such; kak takovoj) zu vernichten, hatte die georgische Führung ganz offensichtlich nicht. Es ging ihr allein darum, Südossetien »im Handstreich« zurückzuerobern, bevor Russland auf den Plan treten konnte. Aber das Genozid-Argument ist ohnehin nur eine politische »Retourkutsche« an die Adresse der NATO, die damit 1999 die fehlende UN-Ermächtigung zum Angriff auf Ex-Jugoslawien wegen Kosovo kompensiert hatte.

Russland kann sich für seinen Gegenangriff auf Georgien aber auf das Selbstverteidigungsrecht (Art. 51 Satz 1 UN-Charta) berufen und zwar sowohl individuell, weil es von Georgien selbst angegriffen wurde, als auch kollektiv als Nothilfe für Südossetien, dessen Parlament am 8. August frühmorgens Russlands Beistand erbeten hatte. Ebenso nämlich wie Südossetien als »stabilisiertes *de facto*-Regime« einerseits an das allgemeine Gewaltverbot der UN-Charta gebunden ist und von diesem Verbot (auch) gegenüber Georgien geschützt wird, kann es andererseits das »naturgegebene« Selbstverteidigungsrecht (inherent right) und daher auch Hilfe von außen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Angriff auf Russland selbst ist darin zu sehen, dass die georgischen Streitkräfte auch gezielt gegen die in Südossetien dislozierten russischen peacekeeping-Kräfte und insbesondere das von ihnen geführte und zur Angriffszeit nur noch von ihnen besetzte Hauptquartier in Zchinwali vorgingen. Etwa ein Dutzend russischer Soldaten wurde dabei getötet. Dieser Vorgang, das liegt auf der Hand, ist juristisch anders zu beurteilen als Rettungsmaßnahmen zugunsten irgendwelcher Staatsbürger – Touristen oder Geschäftsleute, die Opfer der Gewalt von Seiten eines fremden Staates wurden. Gewiss, auch die peacekeeper waren russische Staatsangehörige, aber nicht darauf kommt es hier an, sondern dass die Peacekeeping-Einheit Russlands in Georgien (Südossetien), ausgestattet mit einem völkerrechtlichen Mandat, bei der Erfüllung ihrer Aufgabe die Russländi-

sche Föderation repräsentierte. Der Angriff auf das Hauptquartier ist daher im Sinne von Art. 51 SVN wie ein »bewaffneter Angriff« (armed attack) auf Russland selbst zu werten.

Russland hatte freilich bei seiner Militäraktion gegen bzw. in Georgien nicht freie Hand, sondern war 1. an das humanitäre Völkerrecht, insbesondere an die Haager Landkriegsordnung (1907) und die IV. Genfer Konvention (1949) mit dem 1. Zusatzprotokoll (1977), und 2. an den Völkerrechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit (proportionality) gebunden. Hat es durch die Art und Weise des militärischen Einsatzes und dessen Ausmaß diese Normen verletzt? Die Frage ist differenziert zu beantworten: Teils wurden sie verletzt, teils auch nicht.

Juristische Bewertung

Die juristische Bewertung der äußerst komplexen Vorgänge wird wesentlich erleichtert, wenn man sie in die folgenden vier Teilkomplexe untergliedert:

1. Einmarsch der Streitkräfte nach Südossetien, Zurückschlagen der georgischen Verbände und Übernahme der Kontrolle über das Gebiet;
2. Einmarsch von Panzerverbänden und Infanterie nach Zentralgeorgien in die Stadt Gori und angrenzende Gebiete;
3. Luftschläge (Bombardements) gegen militärische und zivile Objekte in ganz Georgien (Tbilissi; Gori; Mameuli; Poti usw.);
4. Eindringen mit Truppen in Abchasien, Versenkung von Teilen der georgischen Schwarzmeerflotte, Einnahme von Senaki und Poti, Zerstörung der militärischen Infrastruktur (auch) in Westgeorgien und Einrichtung einer großräumigen »Sicherheitszone« im östlichen Anschluss an Abchasien.

Zu 1) Nach der Einnahme durch die georgische Seite waren Zchinwali und die umliegenden Dörfer keine »unverteidigten Orte« (Art. 59 HLKO) mehr. Ihr russischer Beschuss war daher nicht von vornherein unzulässig, sondern kriegsrechtlich erlaubt. Die dadurch verursachten zivilen Personen- und Sachschäden müssen als unvermeidlicher Kollateralschaden qualifiziert werden. Völkerrechtswidrig war allerdings der Einsatz von »Grad«-Raketenwerfern und »Strebomben«, weil beide Waffen nicht punktgenau treffen, sondern »unterschiedslos« auf militärische und zivile Objekte wirken (Art. 51 Abs.4 u.5 1.ZProt.).

Des Weiteren sieht sich Russland dem Verdacht bzw. Vorwurf gegenüber, sich passiv gegenüber »ethnischen Säuberungen« verhalten zu haben, die ossetische Truppen und Milizen im Gefolge und im Schatten des Krieges gegenüber der in Südossetien lebenden georgischen Minderheit begangen haben sollen. In der Tat sind nach Augenzeugenberichten viele georgische Dörfer im südlichen Teil der Region, teilweise planmäßig, dem Erdboden gleich gemacht worden, nachdem Osseten das noch Brauchbare aus den Häusern weggeschleppt hatten. Deren Bewohner waren zu dieser Zeit allerdings schon fast vollständig geflüchtet. Die Vorgänge erfüllen den Tatbestand des »Kriegsverbrechens« im Sinne von Art. 8 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes der Vereinten Nationen (1998). Ob die in Südossetien agierenden Befehlshaber der russischen Streitkräfte gemäß Art. 28 des Statuts strafrechtlich für diese Verbrechen verantwortlich gemacht werden können, kann aufgrund der unzureichenden Informationslage vorläufig nicht festgestellt werden.

Zu 2) Die Besetzung des sich an Südossetien anschließenden Kreises Gori, seiner Umgebung und insbesondere der betreffenden Abschnitte der Hauptverkehrsverbindungen zwischen Zentral- und Westgeorgien waren schon deswegen gerechtfertigt, weil Zchinwali von Gori aus beschossen worden war und die militärische Sicherheit in diesem Abschnitt die Kontrolle auch über die Magistrale gebot.

Allerdings hat Russland einige Pflichten verletzt, die ihm als Besatzungsmacht von der HLKO auferlegt wurden, nämlich Plünderungen zu unterbinden (Art. 47), die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten (Art. 43) und insbesondere das Privateigentum zu schützen (Art. 46). So konnten sich Soldaten an fremdem Gut vergreifen, Banden von Marodeuren fast ungehindert ihr Unwesen treiben und die Bewohner wegen fehlenden Schutzes tagelang nicht in ihre Dörfer zurückkehren.

Zu 3) Die Luftschläge gegen militärische Objekte aller Art und auch gegen einige strategische Verkehrsverbindungen des Landes waren in den ersten Phasen des Krieges Russlands einzige Möglichkeit der militärischen Gegenwehr, daher notwendig und folglich nicht unverhältnismäßig. Die Strom- und Wasserversorgung des Landes war von den Angriffen nicht betroffen. Ob die Bombardierung mehrerer Wohnblocks mit 20 Toten in der Stadt Gori noch als Kollateralschaden gelten kann und dann hinzunehmen wäre, mag zweifelhaft erscheinen, kann aber ohne eine nähere Kenntnis aller Umstände des Falles nicht abschließend beurteilt werden. Noch bedenklicher erscheint die Bombardierung des Öl-Hafens der Stadt Poti, weil er ausschließlich zivilen Zwecken dient.

Zu 4) Der massive und großflächige Militeinsatz in Westgeorgien und auf dem Schwarzen Meer war dagegen unter allen Gesichtspunkten ein schwerer Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, denn der Ein-

satz diene nicht dem Zweck, der allein den russischen Gegenangriff rechtfertigen konnte, nämlich dem Zurück schlagen der georgischen Truppen und der Wiederherstellung eines gesicherten Status quo ante in und um Südossetien; vielmehr diene er offenkundig dazu, die militärischen Fähigkeiten Georgiens auch im Westen des Landes zu zerstören und ferner die Position der Republik Abchasien in der Region strategisch zu stärken. Für den »Südossetien-Komplex« waren die russischen Aktionen in Westgeorgien ohne Belang; sie waren erst recht nicht notwendig sowie unangemessen und daher völkerrechtswidrig.

Über den Autor

Prof. Dr. jur. Otto Luchterhandt ist Direktor der Abteilung für Ostrechtsforschung an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg. Seine Forschungsgebiete sind Rechtsordnungen der Staaten Osteuropas, Kaukasiens und Mittelasiens.

Literaturhinweis

- Ipsen, Knut: Völkerrecht, 5. Auflage, München 2005;
- Schweisfurth, Theodor: Völkerrecht, Tübingen 2006;
- Конфликты в Абхазии и Южной Осетии. Документы 1989 – 2006 гг., Москва 2008.

Russland und der Kaukasuskrieg

Hans-Henning Schröder, Bremen/Berlin

Zusammenfassung

Der Fünf-Tage-Krieg in Georgien hat für Russland ambivalente Ergebnisse gehabt. Einerseits hat es im Innern an Stabilität gewonnen – die Bevölkerung stützt den Kurs der Führung beinahe einstimmig –, es hat demonstriert, dass mit ihm im postsowjetischen Raum als wichtiger Akteur zu rechnen ist, es hat zunächst auch die amerikanische Position im Südkaukasus geschwächt, andererseits erfuhr es in der internationalen Politik keine Unterstützung und geriet in Gegensatz zu seinem wichtigsten Wirtschaftspartner, der Europäischen Union. Seit Ende August bemüht sich die russische Führung um Schadensbegrenzung. Ob sie dabei allerdings so weit gehen wird, eine internationale Friedensregelung zuzulassen, die die gesamte Region – einschließlich des Territoriums von Südossetien und Abchasien – umfasst, ist eher zweifelhaft.

Vom lokalen Konflikt zur internationalen Krise

Im August 2008 haben sich die jahrelangen Spannungen zwischen Russland und Georgien mit Gewalt entladen. Nach einem Angriff georgischer Truppen auf Südossetien zerschlugen russische Streitkräfte in einem fünftägigen Krieg das georgische Militärpotential vollständig und unterstrichen damit Russlands Hegemonieanspruch in der Kaukasusregion. Die Okkupation von Teilen georgischen Territoriums durch russische Truppen und die Anerkennung von Abchasien und Südossetien als selbständige Staaten durch den russischen Präsidenten riefen jedoch die internationale Gemeinschaft auf den Plan. Der lokale Konflikt entwickelte sich in wenigen Tagen zu einer internationalen Krise. Russland, dessen außenpolitische Stellung eben noch durch die Machtdemonstration gestärkt schien, sah sich unversehens isoliert. Selbst Russlands zentralasiatische Nachbarn und seine Partner in der Shanghai Organisation waren nicht bereit, die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens zu unterstützen.

Entscheidungsfindung und Rechtfertigung

Insofern stellt sich die Frage, was die russische Führung veranlasst hat, in dieser Weise gegen Georgien vorzugehen. Zergliedert man den Prozess, so gab es wenigstens fünf Entscheidungen, die im Kontext des Fünf-Tage-Krieges gefällt wurden:

- Am 7./8. August fasste die politische Führung den Entschluss, auf den georgischen Angriff mit einem massiven Truppeneinsatz zu reagieren, der über Abwehr der georgischen Angriffe und Schutz der südossetischen Bevölkerung hinausging und auf Zerschlagung des georgischen Militärpotentials – und die »Bestrafung« der

georgischen Führung abzielte. Es ist denkbar, dass diese Entscheidung bereits in den Wochen zuvor eingeleitet worden ist, als der Konflikt in Südossetien sich erheblich verschärfte.

- Die politische Führung traf in diesem Zusammenhang die Entscheidung, der militärischen Führung Angriffe auf Einrichtungen im georgischen Hinterland und die Besetzung von Teilen Kerngeorgiens (Poti, Pufferzone) zu gestatten. Zugleich setzte sie den Militärs auch eine Grenze für ihr Vorgehen (Poti und Senaki besetzen, Tbilisi aber nicht).
- Am 12.8. beschließt die politische Führung das Ende der Kampfhandlungen, lässt den Militärs aber freie Hand, in Kerngeorgien militärische und Infrastruktureinrichtungen zu zerstören.
- Innerhalb der folgenden Wochen entscheidet sich die politische Führung dafür, Abchasien und Südossetien offiziell anzuerkennen. Am 26.8. wird dies vom russischen Präsidenten vollzogen.

Wie diese Entscheidungen zustande gekommen sind und wer an ihnen beteiligt war, ist bisher im Einzelnen nicht bekannt. Neben dem Präsidenten als Oberbefehlshaber waren gewiss der Ministerpräsident und die militärische Führung einbezogen. Wieweit das Außenministerium einbezogen wurde, ist unklar. Wenigstens zwei dieser Entscheidungen – die Militäraktionen in Kerngeorgien und die Anerkennung der beiden Republiken – haben Russlands internationale Position beschädigt. Erfahrene Außenpolitiker hätten dies sicher antizipiert, auch wenn Militärs und andere Teile der Führung eher einer Logik militärischer Dominanz folgten.

Die öffentliche Begründung für den Einmarsch in Georgien stellte das Fehlverhalten Georgiens in den Vordergrund, das Russland geradezu zum Einmarsch gezwungen habe. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew brachte folgende Argumente vor:

- Die georgische Führung sei verantwortlich für die rechtswidrigen Gewaltaktionen, die in den letzten 15 Jahren gegenüber südossetischen Bürgern begangen worden seien.
- Die Angriffe auf russische Bürger, die »Bürger anderer Länder« und die russischen Einheiten, die als »Friedenstruppen« in Südossetien stationiert waren, müssten bestraft werden.
- Die georgische Führung habe eine Operation »Reines Feld« eingeleitet, um das südossetische Problem mit einem Schlag zu lösen. Das georgische Vorgehen bezeichnete der russische Präsident wörtlich als *Genozid* und unterstrich, es sei die Pflicht Russlands gewesen, diesen zu unterbinden.
- Russland sei der einzige Staat gewesen, der als Verteidiger der »friedlichen Bevölkerung« und der russischen Bürger aufgetreten sei. Russland nehme dabei das Recht der Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta für sich in Anspruch.

Neben dieser offiziellen Begründung konnte man im russischen Mediendiskurs auch andere Motive für das russische Handeln vernehmen. Genannt wurde u.a.:

- Russland will als Großmacht wahrgenommen werden und als solche als Ordnungsmacht in der eigenen Interessensphäre auftreten.
- Das Vordringen der USA in die russische Interessensphäre (Unterstützung der »Rosenrevolution« und Einsatz von US-Militärberatern in Georgien) wird als geopolitische Bedrohung wahrgenommen, die durch den militärischen Einsatz im Südossetien-Konflikt zurückgewiesen wurde.
- Georgien präsentiert sich als Transitland für Öl- und Gaslieferungen, die das Territorium Russlands umgehen. Der russische Truppeneinsatz entmutigt künftige Investoren.
- Die Situation in Georgien ist auch eine günstige Gelegenheit, den USA und der NATO ihr Vorgehen im Falle Kosovo heimzuzahlen. Hatte dort »der Westen« Russland übergangen und von der politischen Entscheidung ausgeschlossen, so bot nun die Situation in Abchasien und Südossetien die Möglichkeit, ein »Revanchefoul« zu begehen.
- Schließlich hatte sich über die Jahre auf russischer Seite (und auf georgischer ebenso) eine erhebliche Abneigung aufgebaut, die sich nun auf die politischen und militärischen Entscheidungen auswirkte.

Das Land im Schulterschluss

Vor diesem Hintergrund gab es in Russland eine breite öffentliche Unterstützung für den Fünf-Tage-Krieg. Die Schuldzuweisung an Georgien wurde von der russischen Öffentlichkeit angenommen. Eine Erhebung der »Stiftung Öffentliche Meinung«, die weiter unten ausführlich dokumentiert wird, ergab, dass 76 % der Befragten Georgien für den Schuldigen hielten und 72 % das Vorgehen der georgischen Seite als Genozid qualifizierten. In der überwiegenden Mehrheit billigt die Bevölkerung den militärischen Einsatz, und wenn Kritik laut wird, dann solche, die härtere Maßnahmen und mehr Offensivgeist fordert. 78 % der Russen befürworteten den Einsatz regulärer Truppen in Südossetien. Die Welle vaterländischer Begeisterung, die über Russland hinwegrollt,

und die im August keinen Raum für kritische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik ließ, speiste sich aus dem konzentrierten Einsatz von Medien, in denen die georgische Führung als Feindbild aufgebaut wurde.

Praktisch alle russischen Politiker und Publizisten gingen davon aus, dass Russland mit dem Truppeneinsatz seine Ziele erreicht habe: Der Genozid sei verhindert, der Schutz von Südosseten und russischen Bürgern garantiert, zugleich habe man sich der Welt als Großmacht präsentiert: »Russland ist zurückgekehrt«, überschrieb die Tageszeitung »Iswestija« triumphierend den Bericht über eine Podiumsdiskussion zum Südossetienkrieg: Indem man schwachen Völkern geholfen habe, sei man wieder eine ernstzunehmende Kraft in der Weltpolitik geworden.

Der Fünf-Tage-Krieg im Kaukasus hat Regierung und Gesellschaft in Russland zusammengeschweißt. In der festen Überzeugung, moralisch und politisch im Recht zu sein, schloss sich die russische Öffentlichkeit um ihren neuen Präsidenten zusammen und zeigte sich gegen Anwürfe und Kritik aus dem Ausland immun. In der Tat ist eine der überraschenden Folgen der Ereignisse in Südossetien die Konsolidierung der Position Medwedjews. Umfragen ergaben, dass Mitte August – nach dem Krieg – die Zahl derer signifikant gestiegen war, die annahmen, die Regierungsgewalt werde zwischen Putin und Medwedjew geteilt oder befinde sich ganz in Medwedjews Händen. Nur noch ein Viertel (vorher über ein Drittel) der Befragten war der Ansicht, der frühere Präsident Putin verfüge über die eigentliche Macht. Dies widerspricht der Perzeption in den westlichen Medien, die Ministerpräsident Putin als den eigentlichen »Kriegsherrn« und Medwedjew als seine Marionette sehen.

Die russische Öffentlichkeit nahm den Präsidenten, der seine Truppen in einer gerechten Sache erfolgreich einsetzte, als »echten Kerl« wahr. Das Vertrauen in ihn stieg und erreichte beinahe die Werte Putins. Ob der Beschluss für den Truppeneinsatz von ihm ausging, oder ob er nur die Entscheidung des Machtkartells ausgeführt hat, das ihn stützt, muss dahingestellt bleiben – und ist für die russischen Bürger zweitrangig. Der Krieg hat Medwedjews Position wenigstens vorübergehend gefestigt. Allerdings in der Rolle des »starken Mannes« und nicht in der des besonnenen, liberalen, an internationalen Rechtsnormen orientierten Politikers.

Die Probleme

Die Genugtuung, wieder als Großmacht aufzutreten, überschattete im August in Russland die negativen Konsequenzen. Dennoch waren gegen Ende des Monats auch erste kritische Stimmen zu vernehmen.

So wurde in den Zeitungen zwar anerkannt, dass der Streitkräfteeinsatz in Südossetien und Georgien schnell und energisch durchgeführt worden ist, doch wurde moniert, dass die russischen Truppen den Krieg in Südossetien im Stil »unserer heldenhaften Väter und Großväter« geführt hätten: Von Satellitenaufklärung, lasergesteuerter Präzisionsmunition, GPS (das russische Äquivalent heißt GLONASS), wie sie die USA im Irak einsetzten, sei nicht die Rede gewesen. Statt durch überlegene Technologie habe man den Sieg durch »Heldentum, Blut und Waffen der sechziger Jahre« errungen. Der Krieg in Georgien, so das Resümee, habe nicht nur die Probleme der Bewaffnung, sondern auch die der Einsatzverfahren deutlich gemacht. Daher wird nun eine Umrüstung und Umstrukturierung der Streitkräfte diskutiert.

Wirtschaftsfachleute wiesen rasch auf die beachtlichen finanziellen Belastungen hin, die sich aus dem Konflikt und seiner Wahrnehmung im Ausland ergaben. Dabei wurden die Kosten des Militäreinsatzes selbst niedrig veranschlagt. Auch die Wiederaufbauhilfen und die Unterstützung für südossetische Flüchtlinge fielen nicht wirklich ins Gewicht. Als problematisch wurde jedoch der Einbruch auf dem Aktien- und dem Währungsmarkt beurteilt. Nach Angaben des Finanzministers wurden allein am 8. August sechs Milliarden US-Dollar aus dem Land abgezogen. Der Wechselkurs des Dollars stieg während der Kriegstage um 69 Kopeken auf 24,57 Rubel. Die russische Zentralbank musste intervenieren, um den Rubelkurs zu stützen. Wirtschaftskreise warnten auch davor, dass sich Investoren zurückziehen könnten, wenn man im internationalen Raum nicht wieder auf Zusammenarbeit setzen würde. Bei seinem Treffen mit Wirtschaftsführern am 15. September nahm Präsident Medwedjew diese Sorgen auf und versprach, sich für den weiteren Ausbau der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit einzusetzen.

Die Tatsache, dass das russische Vorgehen sich ungünstig auf die internationale Position Russlands auswirkte, wurde rasch wahrgenommen, aber zunächst eher trotzig kommentiert. In seinem Gespräch mit dem russischen NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin am 25. August erklärte Medwedjew, letztlich bräuchten die NATO-Mitglieder die Zusammenarbeit mit Russland, während Russland das Ende der Kooperation ruhig ertragen könne. Diese Äußerung stand im Gegensatz zu der Politik, die Medwedjew in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt favorisiert hatte. Dort hatte er auf Zusammenarbeit gesetzt, die Stärkung der internationalen Organisationen gefordert, Wahrung des Völkerrechts als prioritäres Ziel proklamiert und eine Initiative zur Neugestaltung der Europäischen Sicherheitsarchitektur lanciert. Die Umsetzung dieses Konzeptes ist nun deutlich schwieriger geworden. Russland hat mit dem Vorgehen in Georgien und noch mehr mit der

einseitigen Anerkennung der Souveränität Abchasiens und Südossetiens international wenig Unterstützung gefunden. Das wurde Ende August auf dem Gipfeltreffen der Shanghai-Organisation deutlich, die zwar ihre Sorge wegen des Konflikts in Südossetien ausdrückte, trotz russischen Bemühens die Unabhängigkeitserklärungen von Südossetien und Abchasien aber ignorierte. Anfang September hatte neben Russland nur Nicaragua die beiden Staaten anerkannt. Russland drohte damit in eine Isolierung zu geraten.

Erste Schritte zur Schadensbegrenzung

Nach einer ersten Phase hurrapatriotischer Euphorie hat sich in der russischen Führung die Einsicht durchgesetzt, dass der Ausgang des Fünf-Tage-Krieges durchaus ambivalent zu bewerten ist. Der erfolgreichen Demonstration von Stärke in der eigenen Interessensphäre und der Schwächung der amerikanischen Position im Südkaukasus steht ein erheblicher Ansehensverlust in der internationalen Politik gegenüber.

Dies ist in der russischen Führung wahrgenommen worden. Das großmundige Selbstbewusstsein, das man im August demonstrierte, und dem auch eine isolationistische Tendenz innewohnte – »Wir brauchen die NATO nicht« –, wird nun weniger offen zur Schau getragen. Seit Ende August bemüht sich die russische Führung, Verständnis für ihr Handeln zu wecken. Präsident und Ministerpräsident versuchten in einer Abfolge von Interviews für BBC, CNN, Al Jazeera, das deutsche, das französische Fernsehen u.a. internationale Medien, das russische Vorgehen zu erklären. Man kann dies als Versuch der Schadensbegrenzung deuten, doch steht abzuwarten, wieweit die russische Führung bereit sein wird, die Regelung der Georgienkrise zu »internationalisieren«, d. h. sie im Rahmen der OSZE oder der UN zu behandeln und internationale Friedenstruppen zu akzeptieren. Die einseitige Anerkennung der Souveränität Südossetiens und Abchasiens scheint zu signalisieren, dass Russland eher auf eine nationale Lösung setzt. Immerhin hat die russische Seite aber bisher auf Schritte verzichtet, die substantielle Interessen der EU-Staaten verletzen. Nach wie vor ist es z. B. der Bundeswehr gestattet, bei der Versorgung des deutschen Kontingents in Afghanistan russisches Territorium zu überfliegen und den Stützpunkt in Kirgisistan zu nutzen. Nach wie vor wird ein großer Teil des Nachschubs der in Afghanistan stationierten NATO-Truppen durch Russland hindurch in die Einsatzregion transportiert. Russland ist also offenbar an der Fortführung des internationalen Dialogs interessiert. Allerdings ist die russische Führungselite heute mehr denn je davon überzeugt, dass Russland eine Großmacht auf Augenhöhe mit der EU und den USA ist. Diese Vorstellung wird künftige Verhandlungen zwischen Russland und der EU nicht leichter machen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrt osteuropäische Zeitgeschichte an der Universität Bremen.

Literaturhinweis

- Nicolai N. Petro: Crisis in the Caucasus: A Unified Timeline, August 7-16, 2008. First compiled on August 28, 2008, this timeline is continuously being revised as more information becomes available. http://npetro.net/resources/Crisis_in_the_Caucasus.pdf 18. September 2008
- Jim Nichol: Russia-Georgia Conflict in South Ossetia: Context and Implications for U.S. Interests. Updated August 29, 2008. CRS Report for Congress Order Code RL34618 <http://fpc.state.gov/documents/organization/109503.pdf> 15. September 2008
- Hans-Henning Schröder (Hg.). Die Kaukasus-Krise. Internationale Perzeptionen und Konsequenzen für deutsche und europäische Politik. SWP-Studie 2008/S 25, September 2008 http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5255 18. September 2008
- Lars Peter Schmidt: »Unobjektiv«, »falsch« und »einseitig«. Reaktion der russischen Medien auf die Berichterstattung in Europa und den USA über den Krieg im Kaukasus und dessen Folgen für die Beziehungen Russlands zum Westen. Auslandsbüro Russland. Länderbericht, 21. August 2008

Eine Chronologie des russisch-georgischen Konflikts (April – Oktober 2008)

Der Weg in den bewaffneten Konflikt

Tag	Uhrzeit	Ereignis
3.4.2008		Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest wird der Ukraine und Georgien eine Beitrittsperspektive zugestimmt, ein Zeitplan für die Beitrittsverhandlungen wird jedoch nicht festgelegt.
16.4.2008		Russlands Präsident Putin gibt den russischen Behörden die Anweisung, quasi-offizielle Beziehungen zu den abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien aufzunehmen. Georgien sieht in diesem Akt einen Bruch des Völkerrechts.
29.4.2008		Russland entsendet Truppenverstärkung nach Abchasien, angeblich um georgische Angriffspläne zu vereiteln. Die Nato beschuldigt am nächsten Tag die russische Führung, die Spannungen mit Georgien zu schüren.
4.5.2008		Abchasische Stellen teilen mit, sie hätten über dem von ihnen kontrollierten Territorium zwei georgische Aufklärungsdrohnen abgeschossen. Georgien bestreitet, dass solche Flüge stattgefunden haben.
30.5.2008		Georgien gibt an, es habe die Flüge unbemannter Aufklärungsflugzeuge über Abchasien eingestellt, behalte sich aber das Recht vor, sie wieder aufzunehmen.
30.6.2008		Russland entsendet im Mai zusätzliche Soldaten (ca. 500 Fallschirmjäger) nach Südossetien. Außerdem werden Eisenbahntruppen in Stärke von 400 Mann nach Abchasien verlegt. Sie sollen eine Bahnstrecke südlich von Zuchumi ausbessern.
4.7.2008		Bei Schusswechseln in der Grenzregion zwischen Südossetien und Georgien werden drei Personen getötet. Da es sich nach südossetischen Angaben um einen georgischen Angriff handelt, ruft Südossetien zur »Generalmobilmachung« auf. Die Regierung in Tiflis erklärt, lediglich auf einen Rebellenangriff reagiert zu haben. Russland bezichtigt Georgien einer »absichtlichen Aggression«.
9.7.2008		Russland und Georgien werfen sich gegenseitig vor, mit Kampfflugzeugen in den Luftraum des anderen eingedrungen zu sein.
10.7.2008		Georgien ruft seinen Botschafter aus Moskau zurück.
15.7.2008		Russland führt an der Grenze zu Georgien das Manöver »Kaukasus 2008« durch. Die russische Seite bezeichnet dies als Training für »spezielle Friedensoperationen«. Gleichzeitig führen georgische Truppen eine militärische Übung durch, an der auch 1.000 US-Soldaten beteiligt sind.
17.7.2008		Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier reist nach Georgien, Abchasien und Russland, um für eine deutsche Friedensinitiative zu werben, trifft aber auf starke Vorbehalte. Deutschland hat derzeit den Vorsitz in der sogenannten UN-Freundesgruppe für Georgien.
21.7.2008		Südossetien wirft den georgischen Streitkräften vor, vier Angehörige der Volksgruppe entführt zu haben. Laut Tiflis handelt es sich um die Festnahme mutmaßlicher Drogenhändler.
1.8.2008		Nach Angaben der südossetischen Regierung sterben sechs Menschen durch georgischen Beschuss. Die georgische Regierung erklärt, die Aggression sei von südossetischer Seite ausgegangen.
2.8.2008		Georgischen Angaben zufolge greifen Südosseten sechs unter georgischer Kontrolle stehende Städte in Südossetien an.
5.8.2008		Der russische Sondergesandte Juri Popow erklärt, wenn die Situation weiter eskaliere, werde Russland nicht abseits stehen. Georgien und Südossetien vereinbaren für den 7. August erste direkte Gespräche. Die Gespräche werden jedoch abgesagt.
5.8.2008		Am Nachmittag kommt es zu Feuergefechten zwischen mehreren Orten in Südossetien. Im Lauf der Nacht und des folgenden Tages kommen auch schwere Waffen zum Einsatz.

Tag	Uhrzeit	Ereignis
6.8.2008	3:50	Einstellung der Feuergefechte zwischen den Konfliktparteien.
7.8.2008		Der Versuch des Sondergesandten des russischen Außenministeriums und Ko-Leiters der Gemeinsamen Kontrollmission für das Gebiet Südossetien, Juri Popow, Gespräche zwischen der nicht anerkannten südossetischen Regierung und Georgien in Gang zu bringen, scheitert.
7.8.2008	11:00	Von georgischer Seite werden Angriffe von südossetischen Kräften auf die Dörfer Nuli, Awnewi und Wanati gemeldet.
7.8.2008	14:30	Das georgische Militär bringt Feldhaubitzen und Panzerartillerie an der administrativen Grenze zu Südossetien in Stellung.
7.8.2008	15:50	Die Ortschaft Chetagurowo wird von georgisch kontrolliertem Territorium aus unter heftiges Artilleriefeuer genommen.
7.8.2008	19:10	Georgiens Präsident Saakaschwili bietet in einer Fernsehansprache Zchinwali Friedensverhandlungen an. Die Ansprache wird auf mehreren Fernsehkanälen von Tiflis gesendet.
7.8.2008	23:30	Dem georgischen Außenministerium zufolge liegen alle georgischen Stellungen um Zchinwali unter dem Beschuss südossetischer Kräfte.

Die militärische Auseinandersetzung

Tag	Uhrzeit	Ereignis
8.8.2008	0:10	Georgische Truppen belegen Zchinwali mit Artilleriefeuer. Fünf georgische Su-25 greifen im Bezirk Tkwereti an. Zahlreiche Opfer in der Zivilbevölkerung.
8.8.2008	9:45	Russland bombardiert zivile und militärische Ziele im georgischen Kernland.
8.8.2008	10:00	Der südossetische Präsident Eduard Kokoity teilt mit, dass in den Außenbezirken von Zchinwali gekämpft wird. In der Stadt sind Brände ausgebrochen.
8.8.2008	14:00	Nach Informationen des georgischen Außenministeriums nehmen georgische Militärförkte Zchinwali ein.
8.8.2008	16:00	Das Verteidigungsministerium Russlands gibt bekannt, dass zur Unterstützung der russischen Friedenstruppen Verstärkung nach Südossetien entsandt worden sei. Eine Kolonne russischer gepanzerter Fahrzeuge rückt in Zchinwali ein. Saakaschwili erklärt, sein Land befinde sich mit Russland im Krieg.
8.8.2008		Die Kämpfe dauern für den Rest des Tages und die Nacht über an. Im Laufe des Tages sind ca. 10.000 russische Soldaten durch den Roki-Tunnel nach Südossetien verlegt worden. Weitere 7.000 bis 10.000 russische Soldaten werden an der georgisch-abchasischen Grenze stationiert. Das Flaggschiff der Schwarzmeerflotte, der Kreuzer »Moskau«, patrouilliert vor der georgischen Küste.
9.8.2008	0:00	In Georgien wird der Empfang russischer Fernsehsender gestört. Russland setzt den Luftverkehr mit Georgien aus.
9.8.2008	0:50	Nach zwei Sitzungen des UN-Sicherheitsrates zu der Situation in Georgien am 8. August beschuldigt der russische Vertreter bei der UNO, Vitalij Tschurkin, mehrere Mitglieder des Sicherheitsrats der Nachsicht gegenüber Georgien.
9.8.2008	2:02	Russische Kampfflugzeuge bombardieren den Hafen Poti und die georgische Militärbasis Senaki. Es gibt Tote und Verletzte.
9.8.2008	4:55	Der Pressedienst der russischen Landstreitkräfte meldet, dass russische Truppen in der Nacht das Feuer auf georgische Stellungen eröffnet haben. Auch weiterhin, so heißt es, werden Versuche, Zchinwali zu beschießen, durch Feuer beantwortet werden.
9.8.2008	11:13	Die russische Luftwaffe wirft Bomben über dem Militärflugplatz Kopitnari in der Stadt Kutaisi ab. Die örtliche Bevölkerung, so heißt es, sei evakuiert.
9.8.2008	11:30	In Zchinwali treffen Einheiten der 76. Pskower Luftlandedivision ein. Die Stadt ist vollständig von georgischen Truppen geräumt.

Tag	Uhrzeit	Ereignis
9.8.2008	16:55	Die Luftstreitkräfte, die Abchasien unterstützen, bombardieren georgische Truppen in der Kodori-Schlucht.
10.8.2008	11:20	Einheiten der russischen Schwarzmeerflotte nähern sich der Küste Georgiens.
10.8.2008	17:53	Ukrainische Stellen warnen, dass den Schiffen der Schwarzmeerflotte die Rückkehr nach Sewastopol verweigert werden könne.
10.8.2008	22:30	Russische Marineeinheiten versenken ein georgisches Motorboot, das sich ihnen genähert hat.
11.8.2008	0:26	In Abchasien treffen russische Luftlandetruppen ein.
11.8.2008	7:00	Die georgische Armee setzt die Beschießung der russischen Militärstellungen bei Zchinwali fort.
11.8.2008	19:55	Der Sekretär des nationalen Sicherheitsrats von Georgien, Kacha Lomaja, sagt, russische Truppen hätten die Stadt Gori besetzt.
11.8.2008	21:17	Das Verteidigungsministerium Russlands dementiert Meldungen über die Besetzung von Gori.
11.8.2008	22:25	Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums: »Wir planen nicht, in Richtung Tiflis vorzurücken«.
12.8.2008	3:59	US-Präsident Bush erklärt, »der Einmarsch Russlands in Georgien widerspricht den uns gegebenen Zusicherungen, dass Russlands Ziele sich darauf beschränken, den Zustand, der vor Beginn der Kampfhandlungen in Südossetien herrschte, wiederherzustellen«.
12.8.2008	13:20	Medwedjew erklärt die Operation zur Friedenserzwingung in Südossetien für beendet und weist das russische Militär an, Herde von gewalttätigem Widerstand in der Konfliktzone zu vernichten.

Internationale Konfliktbearbeitung

Tag	Uhrzeit	Ereignis
12.8.2008	18:13	Die Mitglieder des Nato-Rats erklären auf ihrer Sitzung ihre Unterstützung für Georgien und verurteilen die »unverhältnismäßige« Gewaltanwendung durch Russland.
12.8.2008	18:21	Medwedjew und Sarkozy einigen sich auf eine Regelung des Südossetien-Konflikts auf der Basis eines Sechs-Punkte-Plans.
12.8.2008		Im Laufe des Tages dringen, nach georgischen Angaben, russische Streitkräfte in Zugdidi und den Hafen von Poti ein.
13.8.2008		Die Präsidenten Polens, der Ukraine, Estlands und Litauens sowie der Regierungschef Lettlands demonstrieren auf einer Kundgebung in Tiflis ihre Unterstützung für Georgien.
13.8.2008		Saakaschwili erklärt sich zu einer Beilegung des Konflikts auf der Basis des zwischen Medwedjew und Sarkozy ausgehandelten Sechs-Punkte-Plans bereit, sieht aber in einzelnen Fragen noch Klärungsbedarf.
13.8.2008		Russland weist georgische Berichte zurück, laut denen russische Truppen Gori und andere georgische Städte besetzt halten. Der russische Außenminister Sergej Lawrow gibt seinerseits an, dass die verbliebenen Truppen lediglich zur Sicherheit der Bevölkerung zurückgelassene Munition und Artilleriegeschosse entschärfen sollen.
13.8.2008		US-Außenministerin Condoleezza Rice fliegt nach Tiflis. Sie beschuldigt Russland, den Waffenstillstand zu verletzen, und droht, Russland international zu isolieren.
14.8.2008		Georgien beschließt seinen Austritt aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Tag	Uhrzeit	Ereignis
15.8.2008		Bundeskanzlerin Merkel trifft in Sotschi ein, um die Lage mit Medwedjew zu besprechen. Sie besteht auf der Wahrung der territorialen Integrität Georgiens und der Anerkennung der Legitimität der demokratisch gewählten Regierung Georgiens. Medwedjew nennt auf der anschließenden Pressekonferenz Russland den Garanten der Sicherheit im Kaukasus und beruft sich dabei auf das Mandat zur Friedenssicherung.
16.8.2008		Russland unterzeichnet den Sechs-Punkte-Plan, verweist aber darauf, dass »zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen« nötig sind, bevor es seine Truppen aus Georgien zurückziehen kann.
17.8.2008		Bei ihrem Besuch in Tiflis fordert Bundeskanzlerin Merkel die vollständige Einstellung aller Kampfhandlungen.
19.8.2008		Das Außerordentliche Treffen des Nato-Rates auf Außenministerebene in Brüssel erörtert die Zukunft der Beziehungen Nato–Russland. Der Rat verurteilt das russische Vorgehen in Georgien, bewertet die Gewaltanwendung durch Russland als »unangemessen« und unterstreicht die »territoriale Integrität Georgiens«. Angesichts der Situation setzt der Rat die Tätigkeit des Nato-Russland-Rats vorläufig aus.
19.8.2008		Georgien gestattet 20 Beobachtern der OSZE die Einreise in die an Südossetien grenzenden Landesteile.
22.8.2008		Russland erklärt, dass es seine Truppen (abgesehen von den Friedenskräften) vollständig aus Georgien abgezogen und damit die Forderungen des Sechs-Punkte-Planes erfüllt habe.
26.8.2008		Präsident Medwedjew folgt dem Vorschlag der beiden Häuser des russischen Parlaments und erkennt offiziell die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens an.
1.9.2008		Auf dem EU-Sondergipfel zur Kaukasus-Krise wird die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Russland scharf verurteilt. Die EU erklärt, sie sei bereit, sich an der Konfliktlösung »auch durch Präsenz vor Ort« zu beteiligen. Die Gespräche über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland (PKA) werden ausgesetzt, solange russische Truppen sich auf georgischem Boden befinden. Georgien wird Hilfe für den Wiederaufbau auch der Gebiete Abchasien und Südossetien angeboten.
2.9.2008		Russland erklärt sich zu Gesprächen über die Ersetzung der russischen Truppen in der »Sicherheitszone« durch internationale Kräfte bereit.
3.9.2008		Russland schließt seine Botschaft und sein Konsulat in Tbilissi.
5.9.2008		Auf dem Gipfeltreffen der »Kollektiven Sicherheitsvertragsorganisation« (russ: ODKB) in Moskau wird eine Erklärung verabschiedet, in der Russlands Eintreten für Frieden und Zusammenarbeit im Kaukasus gelobt wird. Über die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens schweigt sich der Gipfel aber aus. Der ODKB gehören Russland, Armenien, Belarus, Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan an.
8.9.2008		Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy treffen in Moskau zusammen und erörtern Schritte zur Regelung des Südossetien-Konfliktes. Sie einigen sich auf einen Plan, nach dem sich die russischen Truppen innerhalb eines Monats aus den Gebieten Georgiens, die außerhalb Abchasiens und Südossetiens liegen, zurückziehen werden.
9.9.2008		Der russische Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow teilt mit, dass Russland in Abchasien und Südossetien dauerhaft jeweils rund 3800 russische Soldaten stationieren werde. Damit verletzt Russland die geltenden Regelungen, nach denen es in Südossetien 500 Soldaten als Teil einer gemischten Friedenstruppe und in Abchasien maximal 3000 Soldaten als »Friedenstruppen« der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten unterhalten darf.

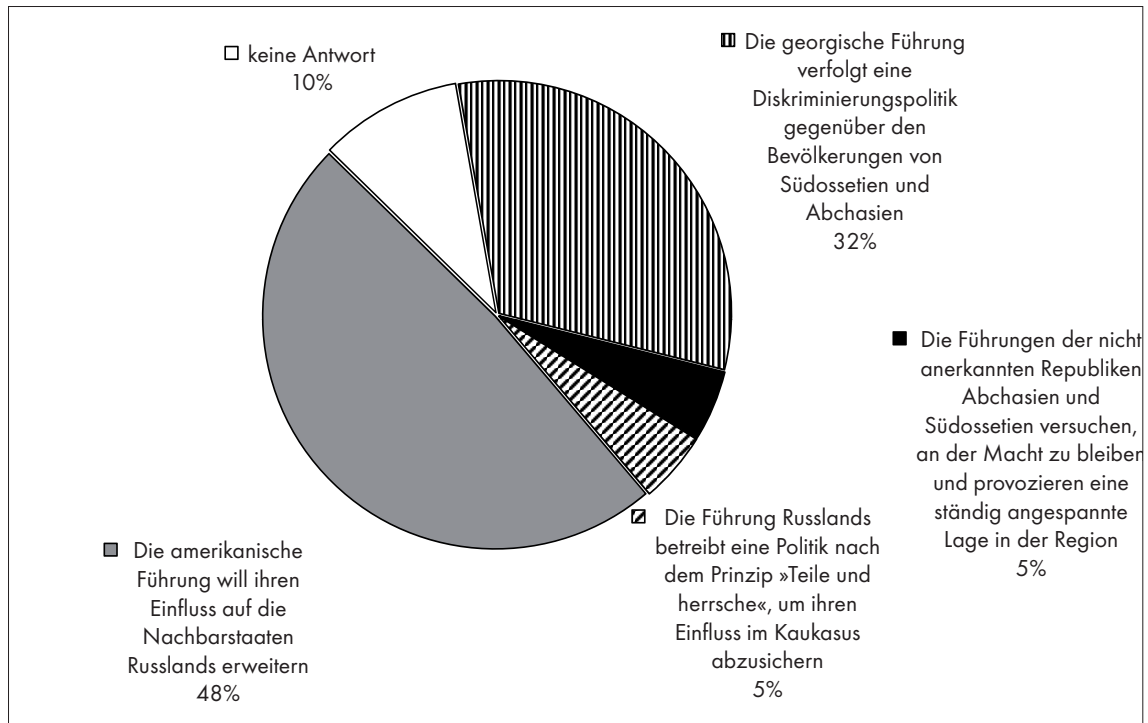
Tag	Uhrzeit	Ereignis
15.9.2008		Die Außenminister der EU beschließen in Brüssel die Entsendung einer zivilen EU-Beobachtermission zur Sicherung des Waffenstillstands in Georgien. Sie wird ca. 200 Mann stark sein, Deutschland wird sich mit 40 Personen beteiligen, davon 20 Polizisten. Die Beobachter sollen bis zum 1. Oktober in der derzeit noch von russischen Soldaten besetzten Pufferzonen vor Südossetien und Abchasien stationiert werden.
17.9.2008		Präsident Dmitrij Medwedjew unterzeichnet Freundschaftsverträge mit Abchasien und Südossetien, die eine militärische, diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsehen.
1.10.2008		Die EU-Beobachtermission zur Überwachung der Waffenruhe in Georgien nimmt ihre Arbeit auf. Kurzzeitig wird sie von einem russischen Militärposten daran gehindert, die sogenannte Pufferzone um Südossetien zu betreten. Georgische Journalisten haben auch weiterhin keinen Zutritt zu dieser Zone.
8.10.2008		Georgischen Angaben zufolge schließt die russische Armee den Abzug ihrer Truppen aus den Pufferzonen um Abchasien und Südossetien ab.

Auf Basis einer Zusammenstellung von Bernd Bentlin und Katharina Hoffmann. Die Informationen stammen aus russischen, georgischen und internationalen Medien. Widersprüche in den Quellen wurden nicht beseitigt.

Der Kaukasuskrieg in den Augen der russischen Öffentlichkeit

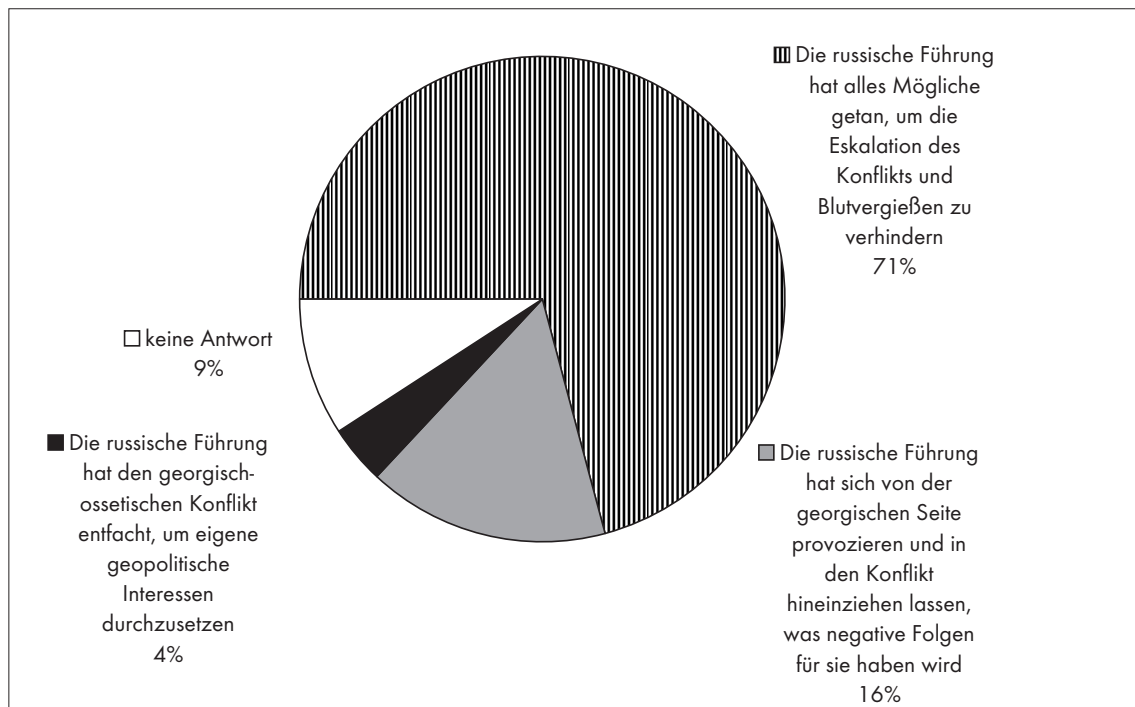
Umfragen des Lewada-Zentrums

Was ist Ihrer Meinung nach der Hauptgrund für den aktuellen Konflikt in Südossetien?



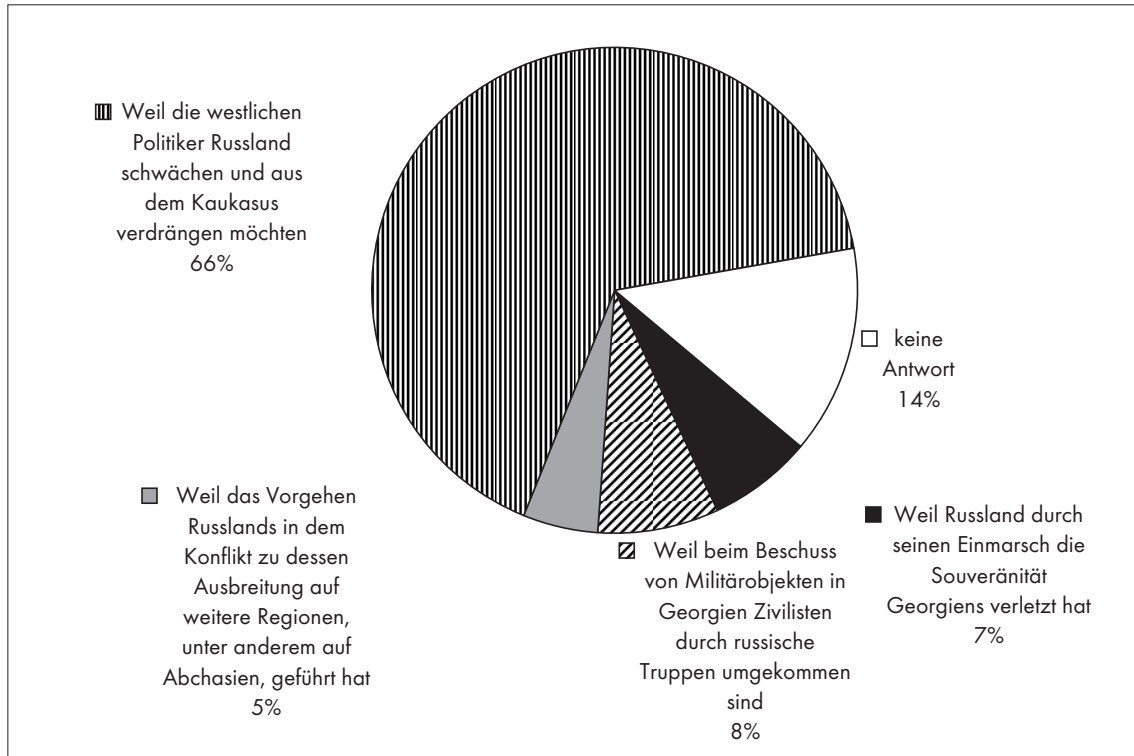
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082100.html>

Wie bewerten Sie das Vorgehen der russischen Führung im georgisch-ossetischen Konflikt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082100.html>

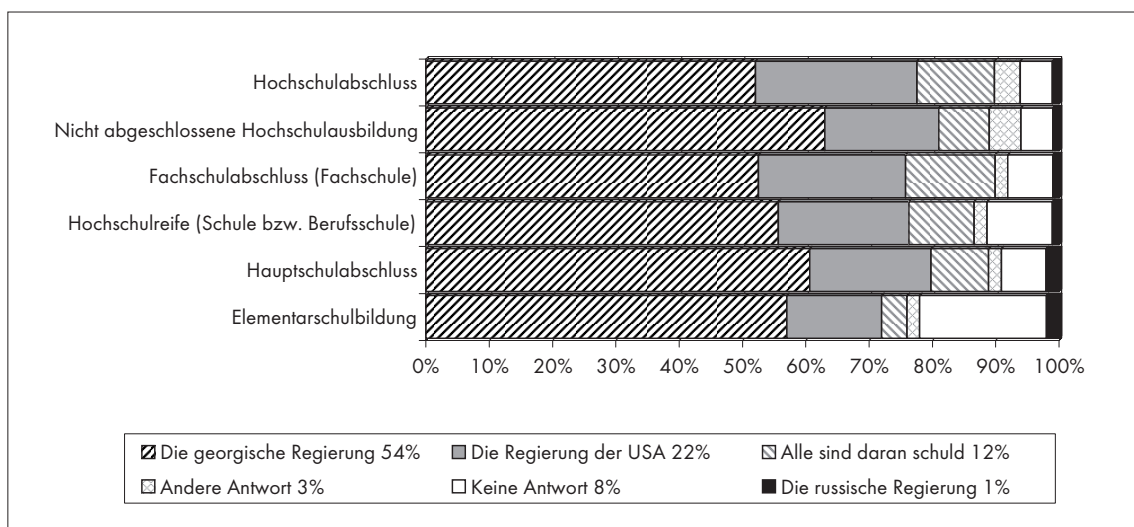
Warum unterstützen die führenden Politiker des Westens Georgien?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082100.html>

Umfragen des WZIOM

Wer trägt Ihrer Meinung nach die Schuld am Konflikt in Südossetien?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 10.–13.8.2008

<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10500.html>

Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM): Bewertung des georgischen Vorgehens

Nach dem Sturm auf Zchinwali haben viele der georgischen Seite Völkermord vorgeworfen. Sind Sie mit dieser Bezeichnung des georgischen Vorgehens einverstanden? (Antworten derjenigen, die gesagt haben, dass sie das Wort »Völkermord« kennen. Dies waren 83 % aller Befragten.)

Ja	72 %
Nein	5 %
keine Antwort	6 %
Das Wort »Völkermord« ist mir nicht bekannt	17 %

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 16.–17.8.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0833/d083321>

Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch Russland

Sollte Ihrer Meinung nach Russland die Unabhängigkeit Südossetiens anerkennen?

Ja	70 %
Nein	8 %
keine Antwort	22 %

Sollte Ihrer Meinung nach Russland die Unabhängigkeit Abchasiens anerkennen?

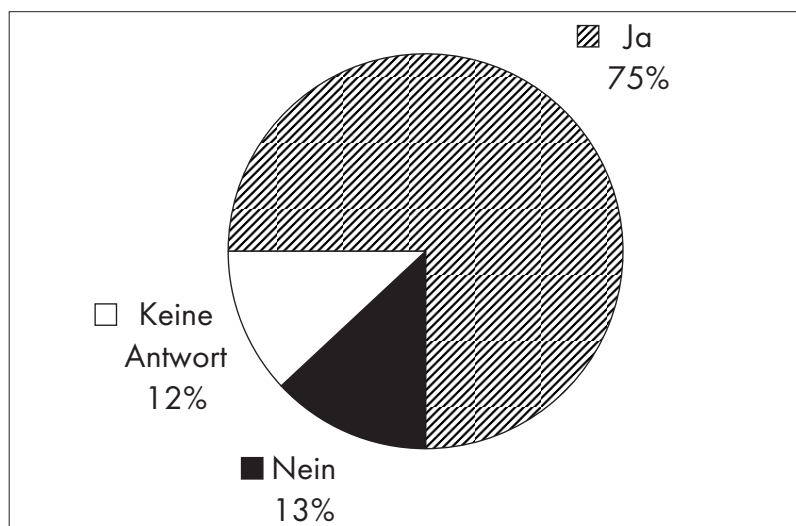
Ja	67 %
Nein	9 %
keine Antwort	23 %

Werden Ihrer Meinung nach weitere Länder (außer Russland) die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anerkennen? Falls ja, werden dies viele Staaten tun?

Kein Land wird das tun	7 %
Viele Länder werden das tun	23 %
Wenige Länder werden das tun	33 %
Ich weiß nicht, ob viele oder wenige Länder das tun werden	20 %
Ich weiß nicht, ob andere Länder außer Russland das tun werden	17 %

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 30.–31.8.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0835/d083522>

Handelte die russische Führung richtig, als sie am 8. August 2008 russische Truppen nach Südossetien entsandte?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 23.–24.8.2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0834/d083421>

Meinung der russischen Bevölkerung zur Lage in Abchasien und Südossetien

War die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch Russland ein richtiger oder ein falscher Schritt?

Ein völlig richtiger Schritt	44%
Ein eher richtiger Schritt	36%
Ein eher falscher Schritt	7%
Ein völlig falscher Schritt	3%
keine Antwort	10%

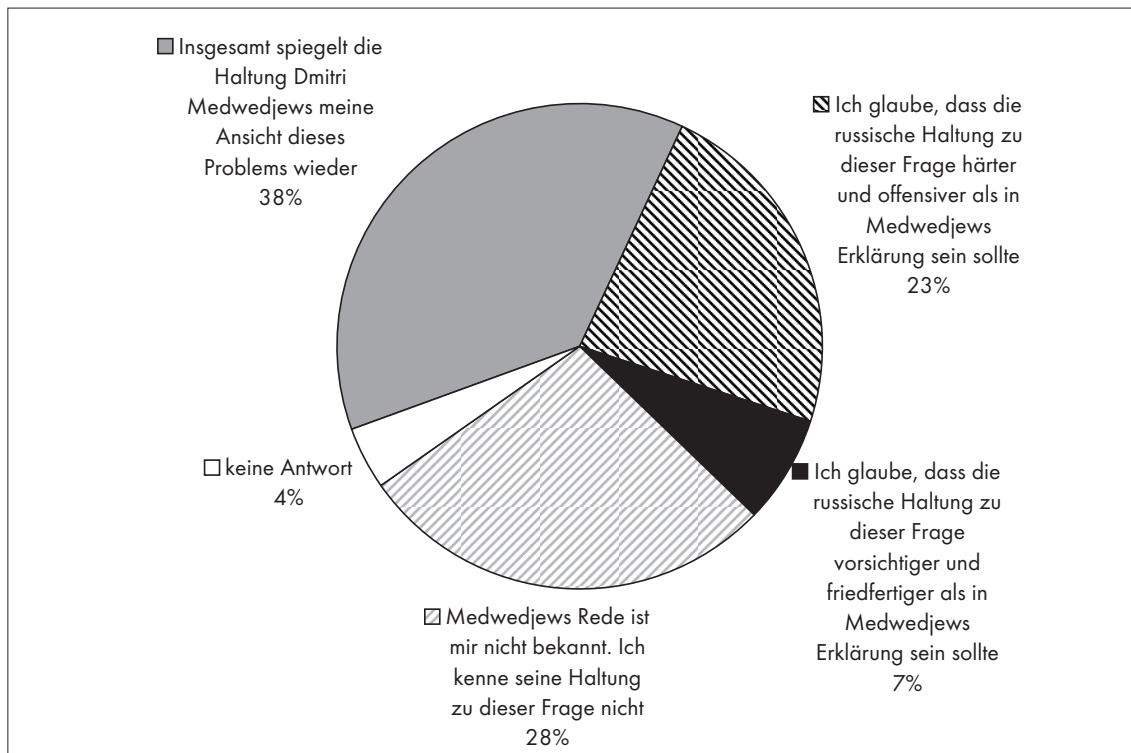
Wählen Sie bitte eine Option: a) Reguläre russische Truppen sollen in Südossetien bleiben. b) Nur russische Friedenstruppen sollen dort stationiert sein. c) Die russischen Truppen sollen komplett aus Südossetien abgezogen und durch internationale Friedenstruppen der UNO und der EU ersetzt werden.

Reguläre russische Truppen sollen in Südossetien bleiben	34%
Nur russische Friedenstruppen sollen in Südossetien stationiert sein	46%
Die russischen Truppen sollen komplett aus Südossetien abgezogen und durch internationale Friedenstruppen der UNO und der EU ersetzt werden	11%
keine Antwort	9%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 5.–8.9.2008 <http://www.levada.ru./press/2008091001.html>

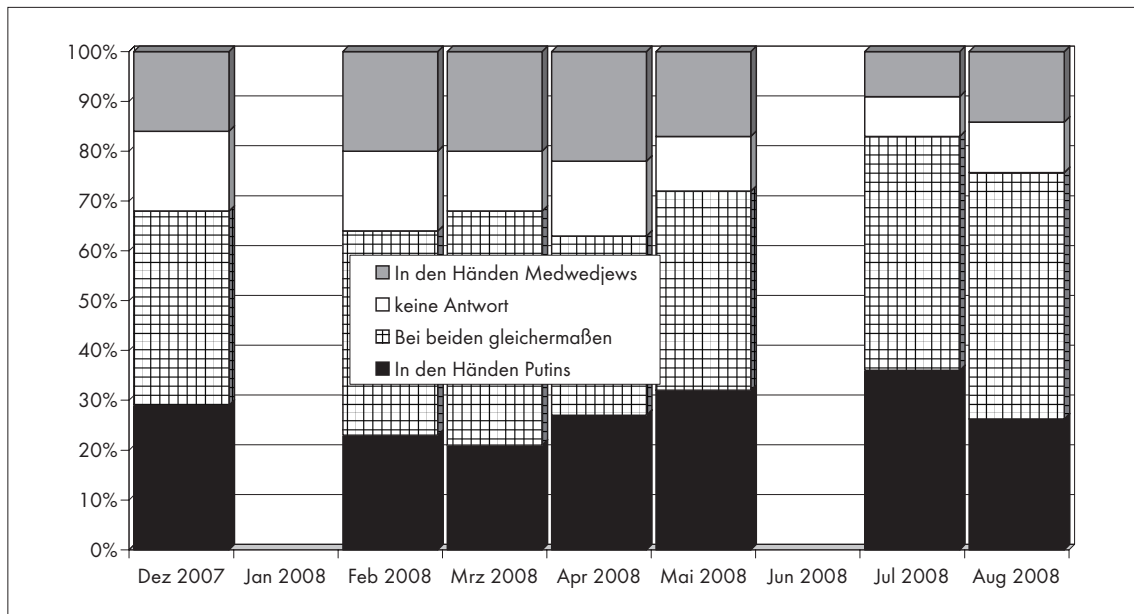
Medwedjew und der Kaukasuskrieg

Wie bewerten Sie Medwedjews Erklärung zur Lage in Südossetien?



Quelle: Umfragen des VCIOM vom 10.–13.8.2008
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10511.html>

In wessen Händen liegt die reale Macht im Land?

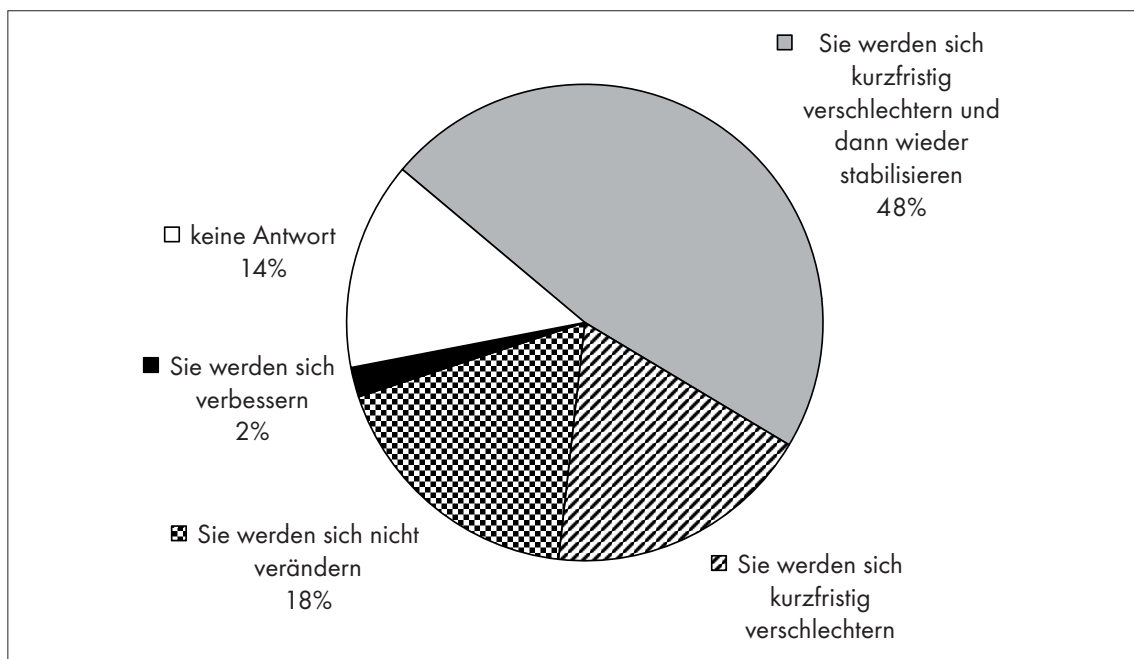


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18.8.2008 <http://www.levada.ru./press/2008082102.html>

Übersetzt und zusammengestellt von Anna A. Petrova

Stehen wir im »Kalten Krieg«?

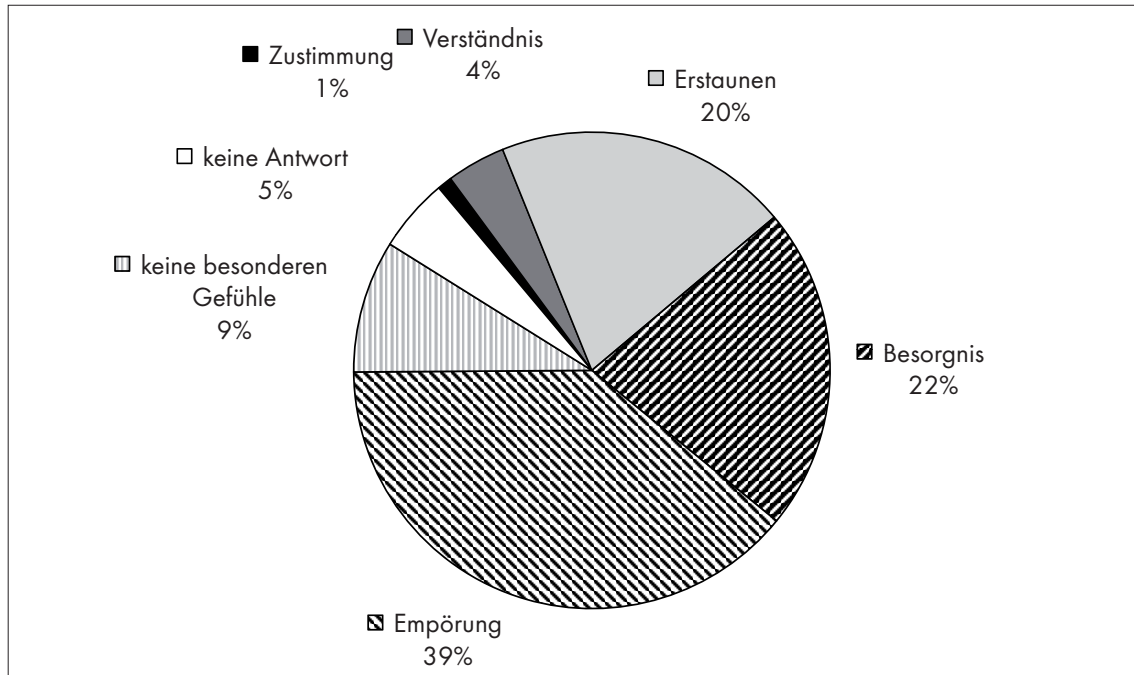
Wie werden sich Ihrer Meinung nach die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verändern?



Quelle: Umfragen des WZIAM, zuletzt vom 30.–31.8.2008

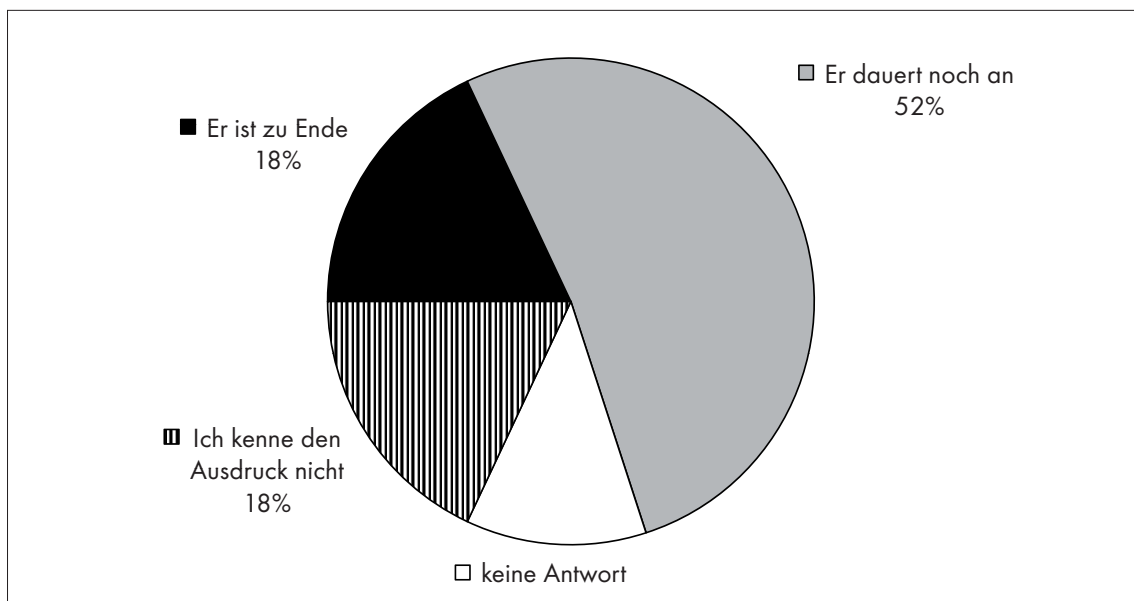
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10624.html>

Welche Gefühle weckt die negative Reaktion der westlichen Länder auf das Vorgehen Russlands in Georgien bei Ihnen?



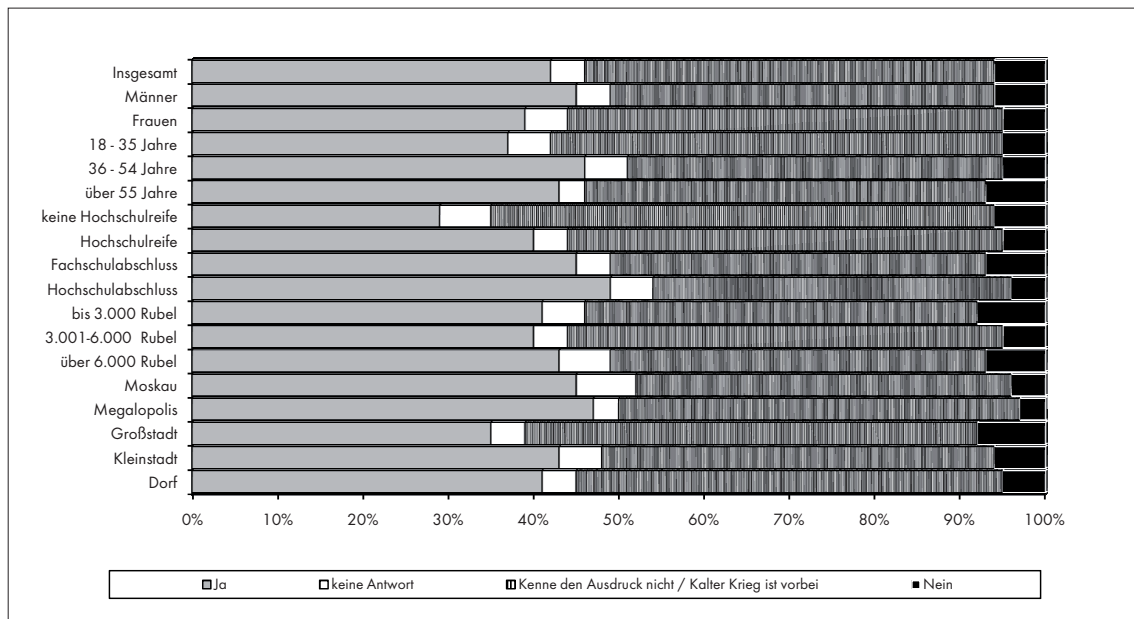
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 5.-8.9.2008 <http://www.levada.ru./press/2008091001.html>,

Was meinen Sie, ist der »Kalte Krieg« zu Ende oder dauert er noch an?



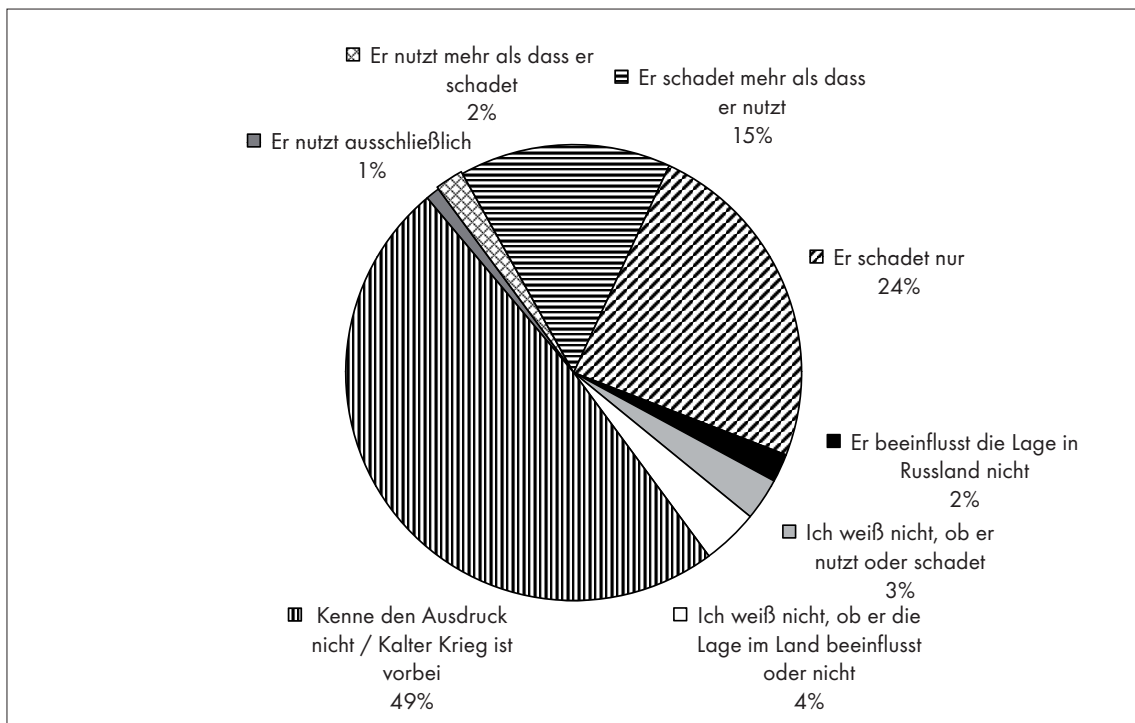
Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.-7. September 2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083621>

Befindet sich Russland Ihrer Meinung nach heute noch im Zustand des »Kalten Krieges«?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083621>

Beeinflusst Ihrer Meinung nach der »Kalte Krieg« die Lage in Russland?



Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 6.–7. September 2008
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0836/d083621>

Übersetzt und zusammengestellt von Anna A. Petrova

Die Krim als neuer »Frozen Conflict«?

Rainer Lindner, Berlin/Konstanz

Der Krimkonflikt belastet als Stellvertreter-Konflikt die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Seitdem sich die Ukraine offen um die Perspektive eines Nato-Beitritts bemüht und darauf drängt, dass der auf 2017 festgelegte Termin für den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte aus dem Militärhafen von Sewastopol eingehalten wird, befinden sich die Ukraine und Russland im offenen Streit über die Perspektiven der Halbinsel. Entscheidende Konfliktgeneratoren sind: die divergierenden sicherheitspolitischen Interessen Russlands und der Ukraine in der Schwarzmeerregion, die Beanspruchung der Halbinsel durch patriotisch-nationalistische Vertreter der russischen Politik, die widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen russischer Investoren und ukrainischer Oligarchen, die Kollision von Interessen der Nato und Russlands im Kontext der Nato-Erweiterungsdiskussion und die ungeklärte Frage des Standorts der Schwarzmeerflotte.

Als die ersten Schiffe der Schwarzmeerflotte unmittelbar nach Ausbruch des Konflikts von Sewastopol in Richtung georgische Schwarzmeerküste ausliefen, sah sich die Ukraine in den Konflikt »hineingezogen«. Zunächst wollte der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko die Wiedereinfahrt des Raketenkreuzers »Moskwa« nach Sewastopol verhindern. Er besann sich jedoch und verfügte am 13. August 2008, dass der Ukraine eine stärkere Kontrolle über die Bewegung von Schiffen und Flugzeugen der russischen Schwarzmeerflotte vorzubehalten sei. Sein Beschluss sieht vor, dass die ukrainischen Sicherheitsorgane künftig 72 Stunden vorher über geplante Schiffs- und Flugzeugbewegungen der Schwarzmeerflotte informiert werden müssten. Russlands Präsident Medwedjew verbat sich hingegen eine solche Einmischung in die operativen Planungen der russischen Marine und verwies auf die bestehenden Verträge. Der seit längerem schwelende Streit über die Schwarzmeerflotte erreichte mit dem Georgienkonflikt eine neue Dimension.

Russland ist nicht bereit, über eine Vorverlegung des für 2017 geplanten Termins für den Abzug der Schwarzmeerflotte zu verhandeln. Viktor Tschernomyrdin, der Sondergesandte des russischen Präsidenten und Botschafter in der Ukraine, ließ daran im Juni 2008 keinen Zweifel. Die Schwarzmeerflotte sichere »die südliche Grenze Russlands«. Die Staatsduma ging in einer Note an Präsident und Regierung zu den russisch-ukrainischen Beziehungen noch einen Schritt weiter. Mit Blick auf die »unfreundliche Politik« Kiews gegenüber Moskau kündigte das russische Parlament an, jede weitere Annäherung der Ukraine an die Nato als einseitige Aufkündigung des Freundschaftsvertrags durch den Nachbarn anzusehen. In der Ukraine wurde diese Position Russlands von der »Partei der Regionen« und den Kommunisten ausdrücklich begrüßt. Damit könnte die Krim im Falle einer zügigen Annäherung Kiews an die Nato zur unmittelbaren Konfliktzone der Nachbarstaaten werden: Sollte sich Russland vertraglich nicht mehr an das Abzugsdatum 2017 gebunden fühlen, erscheint eine Zuspitzung der politischen Beziehungskrise unausweichlich. Die auf der Krim lebenden Russen betrachten die Schwarzmeerflotte als wichtigen Stabilitätsfaktor und sammelten bereits im Mai 2008 mehr als eine Million Unterschriften, mit denen sie für den Verbleib der Flotte über 2017 hinaus votierten. Solange die Flotte vor Anker liege, seien ihre Rechte geschützt.

Der Konflikt in Georgien hat nicht nur bei den ethnischen Russen der Ukraine Ängste geschürt. Nach dem Ende der Kampfhandlungen sahen immerhin 44 % der Gesamtbevölkerung der Ukraine den Verbleib der Flotte als »Friedensgarantie« an. Offenkundig weicht das Streben der Präsidentschaft in Kiew nach einem schnellen Flottenabzug von den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit ebenso ab wie das Bemühen um eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Lediglich 18 % der Ukrainer unterstützten Ende August 2008 eine solche Beitrittsperspektive dezidiert. (Die Umfrageergebnisse werden ab Seite 18 ausführlich dokumentiert.)

Insbesondere die auf der Krim lebenden Russen werden vom Kreml – wie auch in den Fällen Südossetien, Abchasien und Transnistrien – gern als Argument für den russischen Anspruch auf Mitgestaltung in der Ukraine genutzt. Zuletzt meldeten sich auch prominente Stimmen zu Wort, die die Staatlichkeit der Ukraine grundsätzlich in Frage stellten. Vladimir Putins Äußerung am Rande des Nato-Gipfels von Bukarest im April 2008, die Ukraine sei kein »vollwertiger Staat«, heizte die Gemüter in Kiew an und nährte die Befürchtungen in der Ukraine, dass sich das Eiland abspalten könnte. Ein Drittel der Ukrainer war nach einer im März 2008 veröffentlichten Umfrage der Ansicht, dass der Krim eine ähnliche Entwicklung bevorstehe, wie sie das Kosovo durchlaufen habe, und wertete damit eine Abspaltung als realistische Möglichkeit. Neben historisch-symbolischen Faktoren wirken hier insbesondere widerstreitende Wirtschaftsinteressen: Der Ukraine ist an einer Erhöhung der Pacht für die Schwarzmeerflotte bis 2017 gelegen, Russland lehnt dies jedoch ab; zweitens wird in der Ukraine der ausufernde Erwerb von Immobilien auf der Krim durch russische Staatsbürger zunehmend als Festschreibung langfristiger Interessen wahrgenommen.

Russland und die Ukraine durchlaufen einen Krisenrhythmus, der energie- und sicherheitspolitische Fragen wechselweise auf die Agenda befördert. Der facettenreiche Krimkonflikt kann jederzeit eskalieren und eine zugespitzte Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auslösen. Dabei ist allerdings nicht mit militärischen, sondern eher mit politischen oder wirtschafts- und energiepolitischen Konflikten zu rechnen.

EU und Nato müssen auf eine Beilegung der Machtkämpfe in der Ukraine drängen und die Verhandlungsziele mit der Ukraine (Assoziierungsabkommen, MAP) an eine innere politische Stabilität binden. Im Blick auf die russisch-ukrainischen Beziehungen wird für eine diplomatische Offensive im Rahmen der EU und der OSZE plädiert, die Russland und die Ukraine einbindet und sie auf die Einhaltung des zwischen beiden Ländern geschlossenen »Freundschaftsvertrags« verpflichtet, einschließlich des darin vereinbarten Datums für den Abzug der Schwarzmeerflotte. Weder eine Infragestellung des Abzugs von russischer Seite noch eine Beschleunigung des Prozesses durch die Ukraine sind hilfreich. Zugleich sollte für den Zeitraum bis 2017 von einer Aufnahme der Ukraine in die Nato abgesehen werden, ohne jedoch die Bemühungen um die Vorbereitung der Ukraine auf diesen Schritt zu vermindern; gefordert ist nicht zuletzt Vertrauensbildung bei der Nato-skeptischen Bevölkerungsmehrheit. Eine vollständige Entkopplung der Nato-Russland- und Nato-Ukraine-Beziehungen wäre problematisch, und dies nicht erst angesichts der aktuellen Krise; vielmehr sollten gemeinsame Sicherheitsbemühungen Russlands und der Ukraine im Schwarzmeerraum angemahnt werden.

Über den Autor

Prof. Dr. Rainer Lindner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Wissenschaft und Politik SWP in Berlin. Hier leitet er u.a. den Arbeitskreis Ukraine. Rainer Lindner unterrichtet zusätzlich als außerplanmäßiger Professor das Fach Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz. Bei dem Text handelt es sich um die gekürzte Version eines Beitrages für eine aktuelle Kurzstudie der SWP.

Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt

André Härtel, Kiew/Jena

Einleitung

Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Russländischen Föderation (RF) und Georgien um die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien rief in vielen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Empörung und Ängste vor einer Politik der territorialen Revision Moskaus hervor. Gerade in der Ukraine, in der große russische Minderheiten leben und auf deren Territorium mit der Schwarzmeerflotte Streitkräfte der RF stationiert sind, mussten angesichts des russischen Vorgehens die »Alarmglocken« läuten. Wie also regierte die politische Elite der Ukraine auf die Vorgänge im Kaukasus sowie die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Moskau und wie sind diese Reaktionen zu bewerten?

Das Spektrum der Reaktionen

In der Ukraine war es zunächst Präsident Viktor Juschtschenko, der sich zum Verteidiger nationaler Interessen aufschwang und den demonstrativen Schulterschluss mit seinem Partner Michail Saakaschwili in Tiflis suchte. In einem Dekret vom 13. August 2008 untersagte das ukrainische Staatsoberhaupt der auf der Krim stationierten russischen Schwarzmeerflotte praktisch eine Einmischung in die Kampfhandlungen. In einem weiteren, klar gegen Moskau gerichteten symbolischen Akt ließ der Präsident dann am Tag der ukrainischen Unabhängigkeit (24. August) zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder eine Militärparade abhalten und bat den Westen in ungewöhnlich eindringlicher Form (z.B. in einem Artikel in der *Washington Post* vom 25. August) um schnelle Aufnahme in die NATO.

Im Gegensatz hierzu entschied sich Ministerpräsidentin Julia Timoschenko schon vor Beilegung der Kampfhandlungen, eine Position der außenpolitischen Neutralität einzunehmen. Dabei vermied es die ansonsten als überzeugte Nationalistin geltende Timoschenko ganz offensichtlich, von einer russischen Aggression zu sprechen und schloss sich erst am 2. September offiziell internationalen Forderungen nach der territoria-

len Unversehrtheit Georgiens an. Demonstrativ blieb die Premierministerin auch den durch den Präsidenten organisierten Unabhängigkeitsfeiern fern und kritisierte dessen Investition in eine teure Militärparade.

Viktor Janukowitsch und die von ihm geführte stärkste parlamentarische Kraft, die Partei der Regionen, reagierte erst spät, aber dann umso entschiedener auf die Krise im Kaukasus. Am 26. August forderte der Oppositionsführer dazu auf, der russischen Anerkennung Abchasiens und Südossetiens als unabhängige Staaten zu folgen. Die erheblichen Positionsunterschiede in der ukrainischen Elite zur Krise im Kaukasus manifestierten sich dann in der betreffenden Parlamentsdebatte am 2. September. Während die Partei des Präsidenten, Nascha Ukraina (NU), zu einer entschiedenen Verurteilung der »russischen Aggression« aufrief, blieb deren Koalitionspartner, die Timoschenko-Partei BJUT, bei der neutralen Haltung ihrer Vorsitzenden. Die Partei der Regionen forderte zusammen mit den Kommunisten weiter die Anerkennung Abchasiens und Südossetiens, so dass sich das Parlament nicht zur Annahme einer gemeinsamen Stellungnahme durchbringen konnte.

Die Dominanz innenpolitischer Machtkalküle

Wie erklärt sich die extreme Spaltung der politischen Elite der Ukraine angesichts der Krise im Kaukasus? Traditionell existieren für die ukrainische Außenpolitik seit der Unabhängigkeit zwei dominierende Deutungsmuster. Die neo-realistische Variante hebt die ungünstige geostrategische Lage des Landes zwischen der erweiterten EU/NATO und Russland hervor, welche das Land zu einer konstanten »Schaukelstuhlpolitik« (mnogowektornost) veranlasst. Zum selben Schluss kommt die konstruktivistische Perspektive, in der die historisch-kulturell bedingte Spaltung des Landes in einen pro-europäischen Westteil und einen mehrheitlich pro-russischen Osten und Süden hervorgehoben wird.

Beide Ansätze unterschätzen allerdings die Rolle innenpolitischer Faktoren und hierbei insbesondere den Einfluss der hoch polarisierten ständigen Machtkämpfe, wie sie für die Ukraine nach der »Orangen Revolution« typisch geworden sind. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen hierbei die in der ukrainischen Verfassung angelegten strukturellen Schiefen, welche bis heute keine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten speziell zwischen Präsident und Ministerpräsident zulassen. Daher können wir für die Ukraine im Prinzip seit dem ersten Bruch des »orangen Bündnisses« zwischen Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko im Jahr 2005 von einer Situation sprechen, die sich durch einen konstanten inter-institutionellen Konflikt und die damit verbundene Gefahr ständiger Neuwahlen auszeichnet. Diese spezifischen Charakteristika des Transformationsregimes der Ukraine bleiben nicht ohne Auswirkungen für die Außenpolitik. Wie alle anderen Politikbereiche gerät auch die auswärtige Politik Kiews derzeit in den Sog des innenpolitischen Machtkampfes, wobei die zentralen politischen Akteure v.a. auf kurzfristige, elektorale Gewinne aus sind und dabei nicht vor populistischen Aussagen zurückschrecken. Die ukrainischen Reaktionen auf die Krise im Kaukasus deuten also darauf hin, dass die ukrainische Außenpolitik derzeit erheblich durch die hohe Dynamik der innenpolitischen Machtverhältnisse sowie den Kampf um eine gute Ausgangsposition in zukünftigen Wahlen bzw. v.a. den Präsidentschaftswahlen Ende 2009 bestimmt wird.

Steigende Bedeutung des pro-russischen Elektorats

So interpretieren Beobachter Präsident Juschtschenkos deutlich anti-russische Reaktion auf die Kaukasuskrise als versuchten Aufbau einer klaren außenpolitischen Bedrohung für die ukrainische Unabhängigkeit, was ihn in seiner Rolle als Präsident stärken und seine deutliche Abgeschlagenheit in allen Umfragen evtl. umkehren könnte. Allerdings machen die diametralen Reaktionen der anderen Akteure auf die Krise sowie die wachsende Unpopularität des Präsidenten und seiner Partei Nascha Ukraina dieses Szenario eher unwahrscheinlich.

Die weitaus interessantere Entwicklung zeichnet sich vielmehr zwischen den beiden größten Parlamentskräften, dem Timoschenko-Block BJUT und der Partei der Regionen ab. Beide galten bisher in ihrer außenpolitischen Ausrichtung als klar voneinander abgrenzbar, wobei sich die BJUT-Vorsitzende und ehemalige »orange Prinzessin« lange als klar pro-westlich und als Anhängerin einer euro-atlantischen Integration der Ukraine darstellte. Im Gegensatz hierzu lehnt die Partei der Regionen Janukowitschs einen NATO-Beitritt der Ukraine strikt ab und steht für einen außenpolitisch neutralen bis Russland-freundlichen Kurs.

Der außenpolitische Kurswechsel Julia Timoschenkos vor dem Hintergrund des Kaukasuskonflikts ist v.a. auf zwei Entwicklungen zurückzuführen: den faktischen Verlust der Parlamentsmehrheit ihrer Regierungskoalition (mit Nascha Ukraina) und den zunehmenden Bedeutungsverlust der Präsidentenpartei im politischen Machtspektrum der Ukraine. Kurzfristig steht für Julia Timoschenko der Erhalt ihrer Position als Premierministerin im Vordergrund, wobei eine auch nur taktisch begründete Annäherung an die außenpolitische Position der Partei der Regionen zur Mehrheitsbildung beitragen könnte. Will sich die Timoschenko-Partei allerdings auch mittelfristig innerhalb der sich abzeichnenden neuen, bipolaren Machtkonstellation im politischen Spek-

trum behaupten und mehrheitsfähig bleiben, so muss sie von ihrer Konzentration auf die Wähler im Westen und im Zentrum des Landes abkommen und sich auch dem mehrheitlich pro-russischen Elektorat im Osten und Süden des Landes annähern.

Genau hier liegt wohl auch die Erklärung für die umstrittene Haltung von Viktor Janukowitsch, der Anerkennungspolitik Moskaus zu folgen. Letztere dürfte v.a. der pro-russischen Kernwählerschaft seiner Partei im Osten des Landes imponieren – einer Region, in der auch die Premierministerin mit ihrer Neutralitätspolitik punkten will. Um sich allerdings von seiner Konkurrentin Timoschenko deutlicher abzugrenzen, schwenkte Janukowitsch in der Kaukasuskrise von seiner ursprünglich neutralen Haltung hin zur deutlich pro-russischen Anerkennungspolitik. Insgesamt gewinnen also die pro-russischen Regionen im Osten und Süden des Landes durch die immer weitergehende Verschiebung der ukrainischen Machtverhältnisse in Richtung zweier großer Blöcke (Timoschenko/BJUT vs. Janukowitsch/PR) zumindest kurzfristig deutlich an Gewicht. Mit Ausnahme des Präsidenten und seiner Partei entschieden sich auf dieser Grundlage alle anderen wesentlichen politischen Akteure in der Ukraine für einen neutralen bzw. pro-russischen Kurs in der Kaukasuskrise.

Mittelfristige Folgen für Kiews Außenpolitik

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den Reaktionen der politischen Elite Kiews auf die Kaukasuskrise und welche mittel- und langfristigen Folgen wird die neue innenpolitische Konstellation für die ukrainische Außenpolitik haben? Zunächst sollten internationale Beobachter mit Interesse registrieren, bis zu welchem Grad die instabilen und von erheblicher Polarisierung gekennzeichneten innenpolitischen Verhältnisse in der Ukraine zu einer Instrumentalisierung der Außenpolitik führen können. Obwohl die Vorgänge in Georgien und insbesondere die russische Reaktion hierauf für Kiew essentielle sicherheitspolitische Implikationen haben bzw. direkt ukrainische Interessen betreffen, wird das nationale Interesse angesichts des innenpolitischen Machtkampfs zur Kategorie zweiten Ranges. Bedenkt man den durch die geostrategische und ökonomische Abhängigkeit von Russland schon erheblich eingeschränkten internationalen Handlungsspielraum der Ukraine, wird dieser durch die innere Instabilität noch weiter verringert.

Interessant dürfte weiterhin sein, wie sich der Bedeutungsverlust des präsidentiellen Lagers und der Hauptfigur der »Orangen Revolution« auf den außenpolitischen Diskurs auswirkt. Bisher galt Viktor Juschtschenko dem Westen als Verkörperung eines euro-atlantischen Kurses der Ukraine. Mit dem sehr wahrscheinlichen Abtritt des jetzigen Präsidenten könnten sich insbesondere die gerade wieder westliche Unterstützung erfahrenden NATO-Pläne allerdings schnell als Illusion erweisen. Sollten sich die innenpolitischen Entwicklungen innerhalb der Ukraine zukünftig tatsächlich in Richtung zweier größerer politischer Lager bewegen, hätte dies auch langfristig Auswirkungen auf Kiews Außenpolitik. Die in einer solchen Konstellation bestehende Notwendigkeit für beide Lager, breite Mehrheiten ansprechen zu müssen anstatt sich auf ein spezifisches Wählersegment konzentrieren zu können, könnte eine Rückkehr der Außenpolitik vom pro-westlichen Kurs Juschtschenkos zur *mnogowektornost* begünstigen.

Über den Autor

André Härtel, M.A. ist Doktorand an der Universität Jena und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist derzeit im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes an der Kiewer Mohyla-Akademie.

Ukrainische Stellungnahmen zum russisch-georgischen Konflikt (August 2008)

I. Offizielle Stellungnahmen

I.1. Präsident Viktor Juschtschenko

Viktor Juschtschenko, 12.08.2008

Der Auftritt des ukrainischen Präsidenten auf dem zentralen Platz in Tiflis zur Unterstützung der georgischen Souveränität

[...] Liebe georgische Freunde, zu einem späteren Zeitpunkt werden wir auf dieses schwierige Kapitel aus unserer Geschichte als auf einen Weg zurückblicken, den das Volk Georgiens mutig zurückgelegt hat. Freiheit ist zweifelsohne diese Bemühungen wert. [...] Wir sind gekommen, um ihre Souveränität, ihre Unabhängigkeit und ihre territoriale Integrität zu unterstützen. Dies sind unsere gemeinsamen Werte. [...]

<http://www.president.gov.ua/ru/news/10927.html>

Viktor Juschtschenko, 15.08.2008

Der Krieg in Georgien hat es deutlich gemacht: die Ukraine soll sich in das System der kollektiven Sicherheit integrieren

[...] Die einzige Möglichkeit, die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine sicherzustellen, besteht in der Integration unseres Landes in das System der kollektiven Sicherheit. Nur so können internationale Garantien gegeben werden, die eventuell auch solche Aktionen hätten verhindern können, die am 7. und 8. August in Südossetien und später auch im georgischen Kerngebiet durchgeführt wurden.

<http://www.president.gov.ua/ru/news/10966.html>

Viktor Juschtschenko, 27.08.2008

Erklärung des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko über die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch die Russische Föderation

[...] Die Entscheidung der russischen Führung (*die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anzuerkennen – Red.*) gefährdet den Frieden und die Stabilität in unserer Region und in ganz Europa, untergräbt die existierende Weltordnung und verstößt gegen die Prinzipien, die in der UN-Charta und anderen internationalen Rechtsakten verankert sind. Sie stellt einen Versuch dar, illegitim die staatlichen Grenzen neu zuziehen, Druck auszuüben und militärisch in den Konflikt einzugreifen. [...] Die Ukraine setzt sich für ein gemeinsames Vorgehen der Weltgemeinschaft ein, das auf die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens abzielt, und ist bereit, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen. [...]

<http://www.president.gov.ua/ru/news/11103.html>

I.2. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko

Timoschenkos Stab: Sicherheitslage in der Ukraine mangelhaft (Segodnja, 21.08.2008)

[...] »Die Herausforderungen der Gegenwart veranlassen uns, das Programm zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Systems der kollektiven Sicherheit schneller umzusetzen und dessen Effizienz zu erhöhen«, sagte die ukrainische Ministerpräsidentin. [...]

<http://www.segodnya.ua/news/12057123.html>

I.3. Außenministerium

Tbilisi bittet um Feuer (Interview mit dem stellvertretenden Außenminister der Ukraine Konstantin Eliseew in Gazeta »24«, 15.08.2008)

[...] Wir sind über die heutige Situation sehr besorgt, weil die Ukraine in den Militärkonflikt mit Georgien hineingezogen wird. Russland setzt aktiv die Schwarzmeerflotte bei seinen Militäroperationen gegen Georgien ein. Für die Ukraine ist dies absolut inakzeptabel, weil dadurch unsere nationalen Sicherheitsinteressen direkt beeinträchtigt werden. Und diese Tatsache ist eindeutig zu interpretieren, unabhängig davon, welcher Partei man angehört: einer kommunistischen, sozialistischen oder demokratischen. [...]

<http://gazeta.24.ua/news/show/id/60159.htm>

I.4. Partei der Regionen

German ruft die Ukraine auf, im Kaukasus Frieden zu stiften (Tribuna, 08.08.2008)

[...] German (Anna German, Parlamentsabgeordnete und Mitglied der Partei der Regionen – Red.) hält den Konflikt in Südossetien für einen gefährlichen Präzedenzfall bezüglich der Konfliktlösung durch Gewalt, dessen Folgen sich nur schwer voraussagen lassen. Gleichzeitig verneint sie alle Parallelen zwischen der Lage in Südossetien und auf der Krim als gegenstandlos.

<http://tribuna.com.ua/news/165807.htm>

Viktor Janukowitsch, Leiter der Partei der Regionen: die Ukraine soll die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens unterstützen (Korrespondent, 26.08.2008)

Der Leiter der Partei der Regionen sagte, dass die Ukraine die Unabhängigkeitsbemühungen der Völker Südossetiens und Abchasiens unterstützen solle. »Die Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens durch Russland ist eine logische Fortsetzung des Prozesses, der von den Ländern des Westens mit der Anerkennung des Kosovo begonnen wurde«, so Janukowitsch. [...] »Und wir haben die Welt vor der Gefahr einer Politik mit Doppelstandards im Fall des Kosovo gewarnt«, sagte Janukowitsch. [...] »Ich glaube, dass die Ukraine die Willensbekundung der Völker Südossetiens und Abchasiens akzeptieren und die Unabhängigkeit dieser Staaten anerkennen sollte«, fügte er hinzu.

<http://korrespondent.net/ukraine/politics/565898>

I.5. Kommunistische Partei der Ukraine

Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), 19.08.2008

Die faschistische Junta von Saakaschwili soll an den Pranger gestellt werden (Erklärung des Donezker Regionalkomitees der KPU)

Die militärische Aggression Georgiens in Südossetien ist ein direktes Ergebnis der offensiven Politik der Vereinigten Staaten. Vor neun Jahren, zum ersten Mal in der Geschichte Nachkriegseuropas, löste die NATO einen verheerenden Krieg in Jugoslawien aus, wonach ein Versuch, Demokratie nach Afghanistan zu »exportieren«, und die Suche nach imaginären Massenvernichtungswaffen im Irak folgten. Deshalb sind die Beteuerungen der USA über die Friedfertigkeit des Westens und die Aggressivität Russlands nur als pure Heuchelei zu beurteilen. Das Leitziel der USA und der NATO-Verbündeten ist es, einen tödlichen Ring von Militärstützpunkten und aggressiv gesinnten Marionettenstaaten um Russland zu bilden sowie alle russischen Rohstoffe und Öl- bzw. Gaspipelines unter ihre Kontrolle zu bringen. [...] Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass Saakaschwili ein rein amerikanisches Projekt und ein Instrument der USA ist, die im Kaukasus ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen suchen. [...]

<http://www.kpu.net.ua/fatshistskuju-huntu-saakatshvili-%e2%80%93-k-pozornomu-stolbu/>

II. Pressestimmen

Wir haben den Krieg verloren, ohne daran teilzunehmen

Expert, 18.08.2008

[...] In der Ukraine, wo der größte Teil der Bevölkerung mit Russland sympathisiert, wo die meisten Menschen Russisch sprechen und russische Fernsehsender empfangen, kann die vorbehaltlose Unterstützung Georgiens seitens des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko die politische, ethnische und regionale Spaltung noch weiter verschärfen. [...]

[...] Die Vorgehensweise Viktor Juschtschenkos hat die Machtverhältnisse im ukrainischen Parlament stark verändert. Noch vor zwei Wochen unterstützte die Partei der Regionen auf einer Sondersitzung der Rada den ukrainischen Präsidenten. Jetzt kommt eine solche Koalition nicht mehr in Frage. Dies bedeutet, dass die Tätigkeit des Parlamentes wieder weitgehend gelähmt wird. [...] Der erste Schlag gegen die euroatlantische Perspektive der Ukraine (und gegen die Streitkräfte des Landes) wird offenbar die Blockierung der Aufstockung der Armeefinanzierung seitens der Opposition sein. [...]

<http://www.expert.ua/articles/7/0/5894/>

NATO Jetzt!, Leitartikel

Kyiv Post, 13.08.2008

[...] Viele russische Truppen sind auf der Krim stationiert und viele auf der Halbinsel haben einen russischen Pass, was den Kreml-Politikern die Möglichkeit bietet, einen eventuellen Angriff damit zu rechtfertigen, dass sie angeblich die russischen Staatsbürger schützen. Genau dies war in Ossetien der Fall. [...]

[...] die Lösung für die Ukraine wäre der NATO-Beitritt. Die Ukraine wird in der NATO, in einem Bündnis von 26 demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas, eine bessere Zukunft haben, als im Kreis der Kreml-Autokraten. [...] »NATO jetzt!«, so soll ein gemeinsames Motto aller Politiker in der Ukraine heißen. [...] Die Ukraine soll eine öffentliche Kampagne starten, in deren Rahmen die Bevölkerung über die Vorteile der NATO-Mitgliedschaft aufgeklärt wird. [...] Angesichts zahlreicher Fehlinformationen ist eine solche Kampagne dringend notwendig. Um die öffentliche Meinung zu ändern, braucht man allerdings viel Zeit und Geld.

<http://www.kyivpost.com/opinion/editorial/29402/>

Rückmarsch direkt in die NATO

Gazeta »24«, 14.08.2008

[...] Einerseits haben die Aktionen Russlands deutlich gemacht, welche Folgen die Verzögerung des NATO-Beitritts haben kann. Nun sehen die europäischen Staaten, die sich früher gegen den Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (MAP) der Ukraine und Georgiens ausgesprochen haben, was sich Moskau erlaubt. Das kann diese europäischen Staaten dazu veranlassen, noch vorsichtiger vorzugehen. Andererseits können sich die NATO-Staaten im gemeinsamen Widerstand gegen Russland noch stärker zusammenschließen. [...]

<http://gazeta.24.ua/news/show/id/59912.htm>

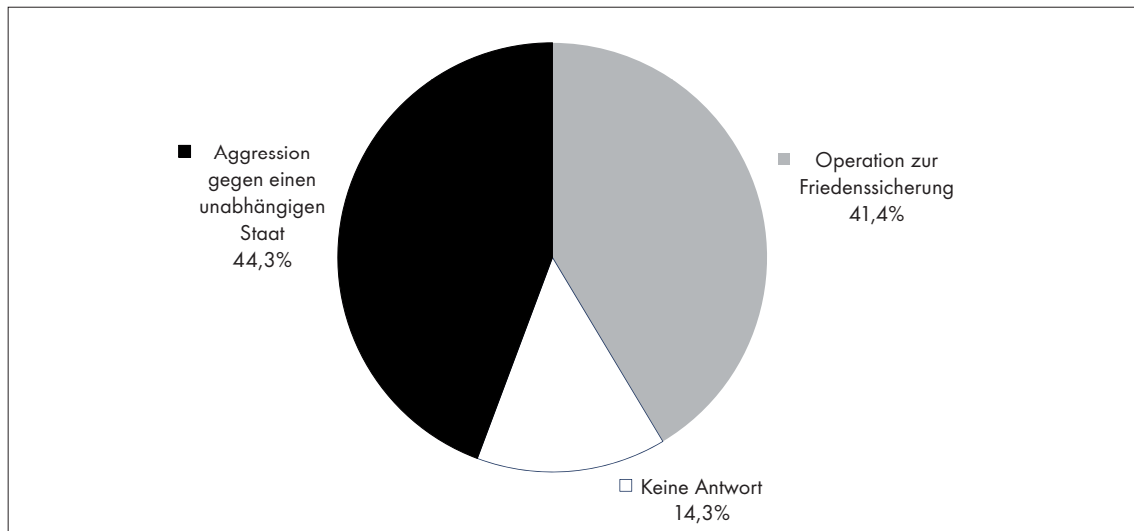
Zusammengestellt und übersetzt von Anna A. Petrova

Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine

1. Rolle der Kriegsparteien

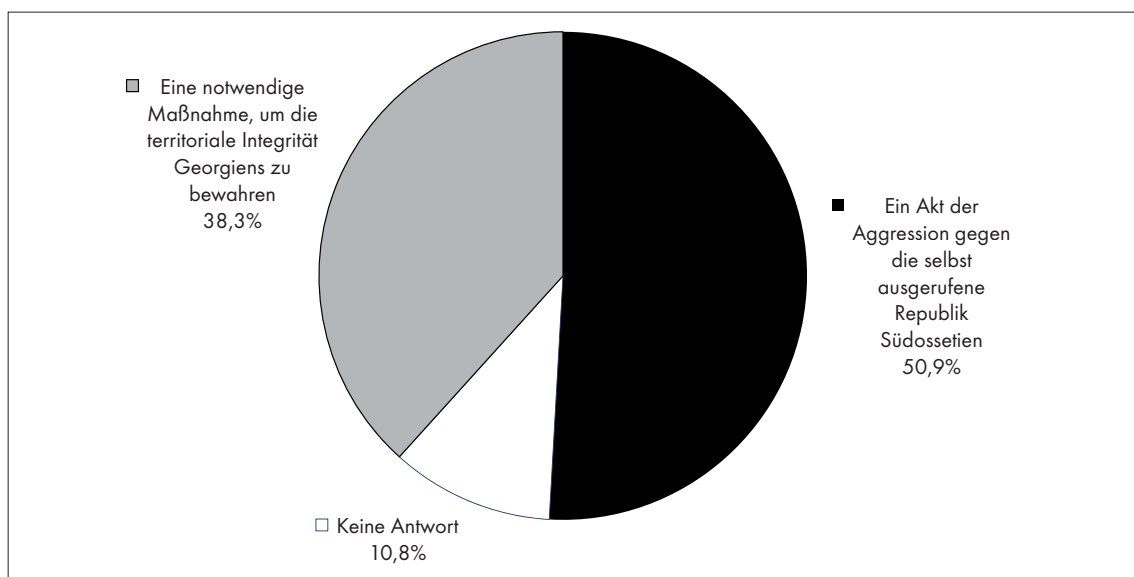
Grafik 1: Was meinen Sie, wie kann das Vorgehen Russlands in Georgien bezeichnet werden?

Es war eine ...



Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.
http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

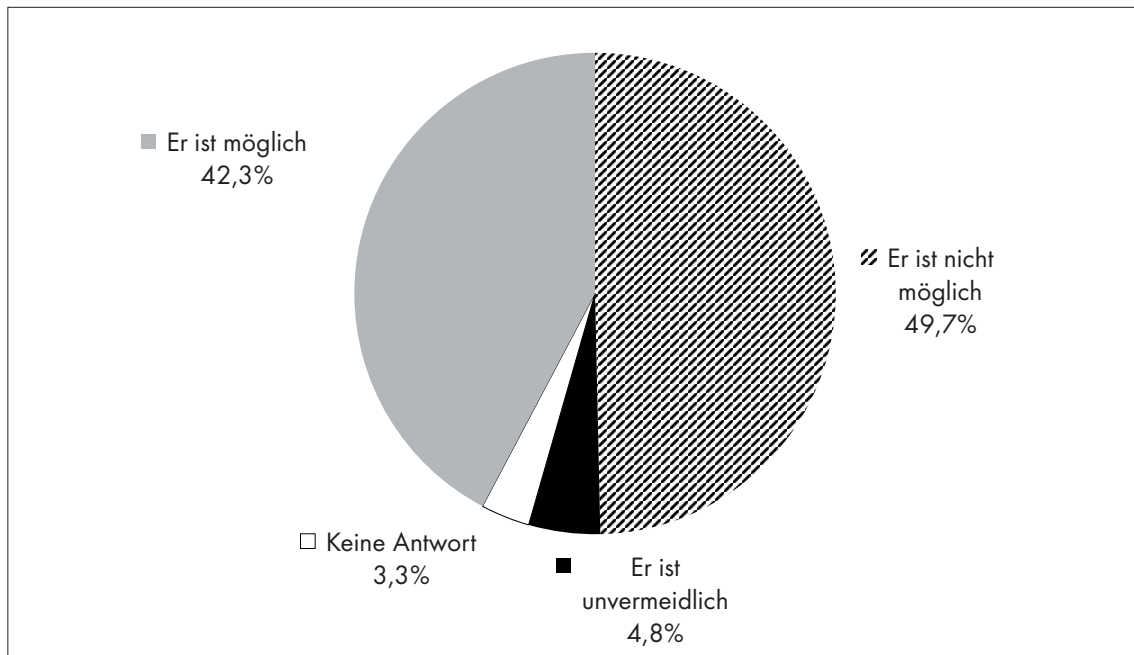
Grafik 2: Wie würden Sie den Einsatz der georgischen Streitkräfte in Südossetien bewerten, für den sich Micheil Saakaschwili entschieden hat? Das war ...



Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.
http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

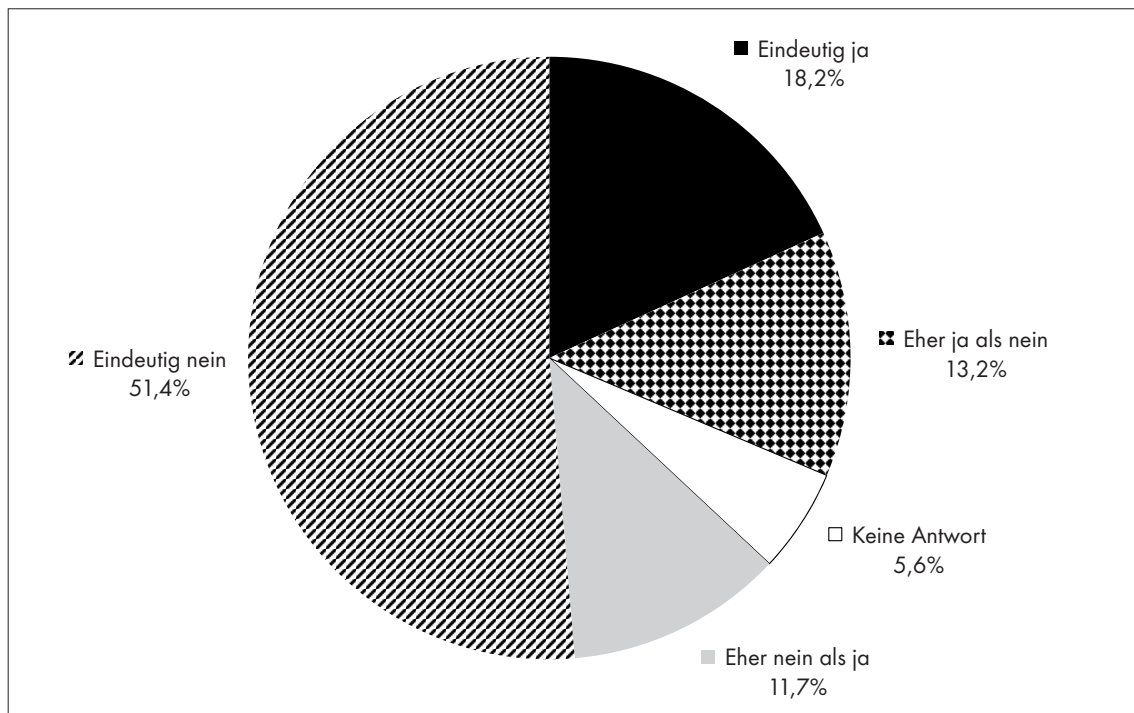
2. Folgen des Konfliktes für die Ukraine

Grafik 3: Halten Sie einen militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine für möglich?



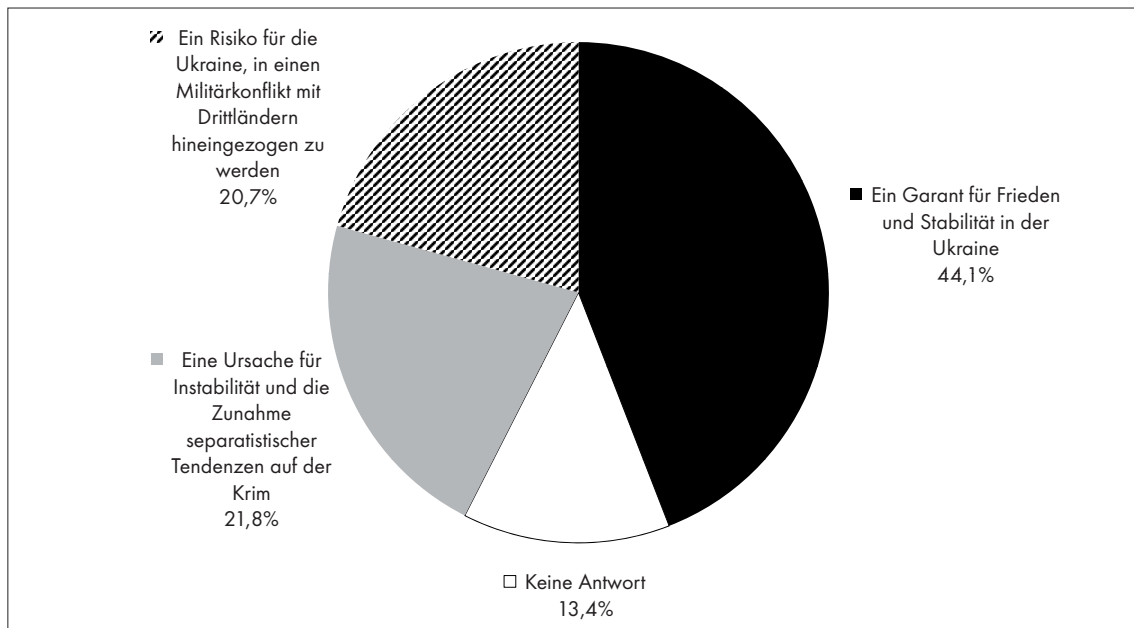
Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.
http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

Grafik 4: Was meinen Sie, soll die Ukraine in Anbetracht des russisch-georgischen Konfliktes der NATO möglichst schnell beitreten?



Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.
http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

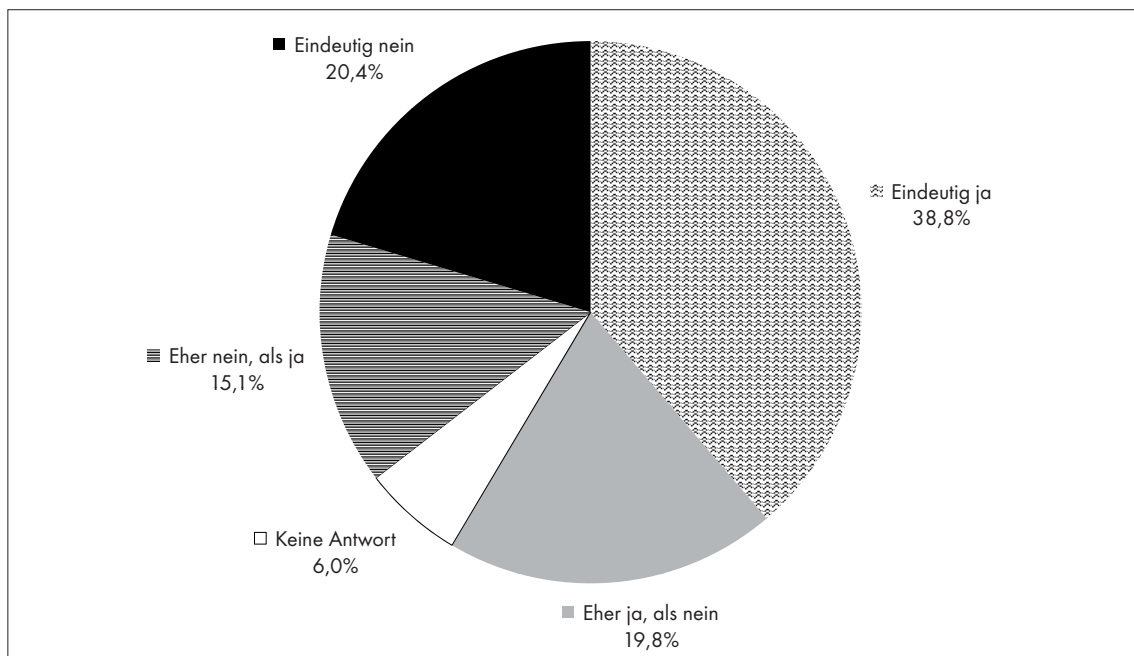
Grafik 5: Die Schwarzmeerflotte auf dem ukrainischen Territorium ist in erster Linie ...



Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.

http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

Grafik 6: Kann Ihrer Meinung nach die Ukraine ihre Unabhängigkeit und territoriale Integrität schützen?



Quelle: Die Meinungsumfrage wurde im Auftrag der ukrainischen Zeitung »Zerkalo Nedeli« von »Taylor Nelson Sofres Ukraine« am 19.–22. August 2008 durchgeführt. Insgesamt wurden 1200 Menschen telefonisch befragt.

http://www.zn.ua/img/st_img/2008/710/710opros.doc

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 96 **Und die Krähe trägt ein rotes Sternchen**
Die politische Karikatur im polnischen Untergrund der Jahre 1981 bis 1989
Von Wolfgang Schlott
(September 2008)
- Nr. 95 **»Das Andere Osteuropa von den 1960er bis zu den 1980er Jahren«**
Berichte zur Forschungs- und Quellenlage
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.)
(Mai 2008)
- Nr. 94 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 2: Präsidentenwahl 2008
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(März 2008)
- Nr. 93 **Die aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine.**
Erfolge und Herausforderungen für die Regierung Timoschenko
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2008)
- No. 92 **Russia's Energy Sector between Politics and Business**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(February 2008)
- No. 91 **Already Arrived in Brussels? Interest Representation of Trade Unions from the
New EU Member States. Documentation of Interview Results**
By Heiko Pleines (ed.)
(January 2008)
- Nr. 90 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 1: Die Parlamentswahlen 2007
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 89 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mit-
gliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 2: Dokumentation der Interviewergebnisse
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- Nr. 88 **In Brüssel angekommen? Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der neuen Mit-
gliedsländer auf der EU-Ebene.**
Teil 1: Erste Ergebnisse für Polen, Tschechien und Slowakei
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Dezember 2007)
- No. 87 **Russia's Foreign Policy: Key Regions and Issues**
By Robert Orttung, Jeronim Perovic, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.)
(November 2007)
- Nr. 86 **Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007**
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Oktober 2007)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa
(www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kéghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008 (im Druck), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2008 (in Vorbereitung)

Changing Europe

- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90
- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 218 S., br., ISBN 978-3-89821-855-9, € 29,90
- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Einzelveröffentlichung

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de